

Willst du mit mir
das Klima retten

☒ JA
☐ NEIN
☐ VIELLEICHT

NAZIAUFMARSCH IN
DUISBURG VERHINDERN
DUISBURG STEHT SICH QUER ★

100% Sozial

Eine Stadt für alle!

DIE LINKE.

fehlende

Investition

100% Sozial

Eine Stadt für alle!

KOMMUNALPROGRAMM 2020 - 2025

Energiewende sozial und
gerecht gestalten! DIE LINKE.

Wandel ist Fluchtursache -
globale Klimagerechtigkeit!

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Kreisverband Duisburg

INTERNATIONAL
LINKE

Wenn wir
Zeichen
steht die Welt still!



2	Inhalt	
3	Solidarisch aus der Krise	8
4	Arbeit und soziale Gerechtigkeit	13
5	Armutsbekämpfung	13
6	Arbeitszeitverkürzung und Arbeit umverteilen	14
7	Wohnen	16
8	Bezahlbaren Wohnraum für alle!	16
9	Schrottimmobilien	17
10	Wirtschafts- und Stadtentwicklung	18
11	Stadtentwicklung mit menschlichem Maß	18
12	Gesellschaftlicher Nutzen vor Kapitalinteressen	18
13	Mehr Grün und mehr Wasser in die Stadt	19
14	Mitspracherecht für Bürger*innen	19
15	Zeitgemäßer Flächennutzungsplan	20
16	Tourismusförderung	21
17	Mobilität	22
18	Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten	22
19	Die Straßen gehören allen	22
20	ÖPNV ausbauen und nachbessern	23
21	Güterverkehr gehört auf die Schiene	24
22	Binnenschifffahrt fördern	25
23	Straßenausbau	25
24	Sicher durch Duisburg mit dem Fahrrad und zu Fuß	26
25	Umwelt	28
26	Ökologie vor Ökonomie	28
27	Mehr Grün in Duisburg!	28
28	Nein zum Flächenfraß!	29
29	Saubere Energie in der Stadt!	30
30	Tierschutz	31
31	Gesundheit und Umwelt	31
32	Gesundheit	32
33	Grundversorgung für alle	32
34	Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand	33
35	Mangelnde Versorgung	33
36	Gesundheit und Arbeitslosigkeit/Arbeitsüberlassung	33
37	Pflegedienste in öffentliche Hand	34
38	Migration	35
39	Für eine gleichberechtigte Teilhabe in unserer Stadtgesellschaft	35

40	Gleichstellung von Frauen	37
41	Erwerbsbeteiligung von Frauen fördern	38
42	Parität jetzt!.....	38
43	Hebammen	39
44	Babyklappe.....	39
45	Prostituierte schützen	39
46	Queer	40
47	Bildung	41
48	In den Kitas für die Zukunft lernen	41
49	Schule.....	42
50	Jedem Kind seinen Schulplatz	42
51	Bildung muss kostenfrei werden!	42
52	Schulen modernisieren!	42
53	Jugend	43
54	Die Zukunft unserer Kinder geht nur solidarisch und ökologisch	43
55	Eine solidarische Stadtgesellschaft beginnt bei der Bekämpfung von Kinderarmut.....	43
56	Neuausrichtung der Jugendarbeit	44
57	Jugendkriminalität	45
58	Vernetzung in der Jugendpflege fördern	45
59	Kultur	46
60	Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen	46
61	Duisburg braucht ein breites Kulturangebot	46
62	Kultur als Identitätsstiftung	47
63	Sport und Freizeit	47
64	Sport vermittelt Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness	47
65	Ehrenamt	48
66	Inklusion	48
67	Ein inklusives und selbstbestimmtes Leben	48
68	Orte der Begegnung schaffen	49
69	Senior*innen	49
70	Ein würdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter	49
71	Nahversorgung auch im Alter.....	50
72	Digitalisierung	50
73	Eine digitale Stadt für alle	51
74	Digitale Infrastruktur bedeutet Entlastung	51
75	Cybersecurity.....	51
76	Smart werden	51
77	Internet für alle	52

78	Frieden und Antifaschismus	53
79	Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg.....	55
80	Kommunalfinanzen	56
81	Ursachen der Verschuldung.....	56
82	Stärkungspakt.....	56
83	Altschuldenfonds	57
84	Stadtverwaltung und Personal	57
85	Investitionen	57
86	Ursachen des Personalmangels	58

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103

104

105

106

107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

Anmerkung

Was ist das Gendersternchen? Als Gendersternchen wird eine Maßnahme bezeichnet, die dazu dienen soll, dass eine geschlechter-gerechtere Sprache geschaffen wird. Das Gendersternchen ist hierbei eine Methode, um zu erreichen, dass viele verschiedene Menschen angesprochen werden.

Beispiel: Während bei „Liebe Leserinnen und Leser“, „LeserInnen“ oder „Leser_Innen“ nur weibliche und männliche Leser angesprochen werden, sollen mit „Liebe Leser*innen“ nicht nur Männer, Frauen, sondern auch Menschen mit einer anderen Geschlechtsidentität angesprochen werden.

130

Vorschlag I

Liebe Duisburger*innen,

ein anderes Duisburg ist möglich. Ein Duisburg, das für alle die gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe sichert: bezahlbaren und komfortablen Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, wenig Verkehrsbelastung und eine intakte Umwelt, gute Schulen und Kindereinrichtungen, kostenlose Kultur- und Sportangebote, ein dichtes kostenfreies Nahverkehrssystem.

DIE LINKE ist keine Stellvertreter*innenpartei, sondern ein Angebot an alle, die kämpfen wollen für eine bessere Welt, für ein besseres Duisburg. DIE LINKE hat sich gegründet und nimmt an Wahlen teil, um all denen eine Stimme zu geben, die verschwiegen, ausgegrenzt und übergangen werden und für diejenigen, die ein Empfinden für soziale Gerechtigkeit haben. DIE LINKE macht keine leeren Versprechen. Gerade in der Kommune wird nur etwas zu bekommen und zu erreichen sein, wenn es genügend öffentlichen Druck gibt, wenn sich die Menschen für die Durchsetzung ihrer Belange mobilisieren und wenn sie sich gegen Schließungen von öffentlichen Einrichtungen und Kürzungen wehrt.

Die Vertreter*innen der Partei DIE LINKE im Rat und in den Bezirksvertretungen werden sich nicht bereichern, sich nicht am Parteienklüngel beteiligen, sondern sich an der Seite der Bevölkerung engagieren. Wir stehen für vielfältige Aktivitäten der Selbstbestimmung und des Widerstands. Wir wollen bürgerschaftliche Beiräte auf allen wichtigen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik und umfassende Bürgerbeteiligung auch gerade in Haushaltsfragen. So wird eine direkte Mitwirkung der Menschen an der kommunalen Schwerpunktsetzung möglich. Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die reine Abschiebung von Verantwortung. Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vorgelassen werden.

Wir fördern und fordern Freiräume für die Jugend und jungen Erwachsenen, in denen sich Solidarität, Kunst und Kultur, ehrenamtliche Initiativen und emanzipatorische Gruppen organisieren können. Wir stehen an der Seite von Verkehrs-, Umwelt-, Erwerbslosen-, Friedensinitiativen und -gruppen sowie Gewerkschaften, schulpolitischen und emanzipatorischen Initiativen und Gruppen. Wir stehen an der Seite der eingewanderten Bevölkerung, der Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere - wir kämpfen für Integration und Gleichstellung und eine Politik der ausgestreckten Hand. Wir wollen eine barrierefreie Stadt, damit auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen ihr Leben in Duisburg frei gestalten können. Wir setzen uns für die Belange der Seniorengeneration, für ein würdevolles Leben im Alter, gegen Ausgrenzung und Vereinsamung ein.

Diese Politik der Selbstbestimmung und des Widerstands ist bunt, radikal demokratisch und notwendig.

Vorschlag II

Liebe Duisburgerinnen und Duisburger,

kämpfen Sie mit der Linken für ein anderes, besseres Duisburg!

sozialgerecht, durch

- eine Stadtplanungs- und Wohnungspolitik, die alle Teile der Stadt lebenswert macht und guten und bezahlbaren Wohnraum für alle schafft,
- Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen und der Übernahme der angemessenen Wohnkosten durch das Jobcenter,
- durch einen kostenlosen und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr,
- durch die Wiedereinführung des Duisburg-Passes, der finanzsachwachen Familien eine Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben ermöglicht,

umwelt- und klimagerecht, durch

- einen Vorrang des Rad- und Fußgängerverkehrs und eines flächendeckenden Ausbaus des Radewege-Netzes,
- durch den Verzicht auf klimaschädliche Energiequellen, etwa der Abschaltung des Braunkohlekraftwerks in Duisburg ...
- ein groß angelegtes Programm zur Wiederaufforstung von Brachflächen, Ausweisung neuer Naturschutzgebiete, Erhalt und Ausbau der Naherholungsgebiete, insbesondere der 6-Seen-Platte und ...
- durch eine konsequente Ausrichtung aller politischen Maßnahmen am 1,5 Grad-Ziel

bildungs- und chancengerecht, durch

- durch die konsequente Verwirklichung der Lehr- und Lernmittelfreiheit für alle von kostenlosen Schulmaterialien bis zum freien W-Lan und Computern für finanzschwache Haushalte,
- wohnortnahe und gut ausgestattete Schulen für alle Kinder,
- eine interkulturelle und inklusive Schule,
- kostenlose Kitas mit guter personeller Ausstattung
- ein breites und kostenloses Angebot der Erwachsenenbildung für ein lebenslanges Lernen in allen Bereichen.

kulturell lebendig, durch

- eine gesicherte finanzielle Unterstützung freier Künstler und Kulturschaffender in allen Stadtteilen,
- soziokulturelle Zentren und Bürgerhäuser, um kulturelle Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen,
- Ausbau der Bezirksbibliotheken zur Förderung der sprachlichen Entwicklung, der Lesekultur und der Medienkompetenz
- eine bunte und vielfältige Clubkultur in Duisburg, die insbesondere junge Menschen und die queer-lesbische Community an die Stadt bindet,

- Jugendzentren in allen Stadtteilen und der Förderung von Jugendkultur,

mit gleichberechtigter Teilhabe, durch

- ein Wahlrecht für alle Zuwanderer*innen mit Lebensmittelpunkt in Duisburg,
- Beendigung der Entlohnungsnachteile in den sogenannten Frauenberufen, insbesondere in der Pflege, Gesundheitsversorgung, im Einzelhandel und im sozialen Bereich,
- barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums von Spielgeräten über Nahverkehr bis zu den städtischen Gebäuden.

In der Corona-Zeit haben sich die Duisburger*innen aller Nationalitäten geschlossen und solidarisch verhalten. Aber es waren die Ärmsten und Schwachen, die am meisten unter der Krise zu leiden hatten. Die Politik der schwarzen Null hat unser öffentliches Gesundheitssystem, unsere Schulen, soziale Einrichtungen und insbesondere die sogenannten abgehängten Stadtteile soweit herabgewirtschaftet, dass die betroffenen Menschen noch mehr unter den Einschränkungen zu leiden hatten. Jetzt zeigt sich, alle sogenannten „Sparbemühungen“ waren vergeblich. Durch Corona hat die Stadt Einnahmeausfälle von zig 100 Millionen erlitten. Die Kosten der Krise dürfen der Stadt und seinen Menschen nicht aufgelastet werden. Nur ein großes öffentliches Investitionsprogramm, bezahlt durch Steuererhöhungen für Reiche und einer Vermögensabgabe in deutlicher Höhe, können uns in die Lage versetzen, die Krisenfolgen zu bewältigen und unser Wirtschaftssystem so umzubauen, dass die von ihren Folgen noch schlimmere drohende Klimakrise bewältigt werden kann.

Sie haben am 13. September 2020 die Möglichkeit, zwischen einer „Weiter-so-Politik“ der GroKo oder radikalen Veränderungen für das Leben und die Umwelt zu entscheiden. DIE LINKE Duisburg ist diese Veränderung. Wir stehen für mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, Antirassismus und Gleichstellung. Wir setzen auf umfassende Bürgerbeteiligung, Kooperation mit sozialen Bewegungen wie Fridays for Future, Seebrücke, der Friedensbewegung und antifaschistischen Initiativen. Wir leisten Widerstand – bunt und radikal – gegen eine falsche überkommene Politik und werden diese Stadt verändern, mit ihrer Stimme und Unterstützung.

Solidarisch aus der Krise

Menschen vor Profite

Die globale Corona-Krise markiert eine historische Zäsur. Die Welt scheint aus den Fugen. Unser aller Zusammenleben verändert sich durch das Corona Virus gerade fundamental. Etwa 2,7 Milliarden Menschen (ein Drittel der Weltbevölkerung) befinden sich zurzeit (Stand März 2020) in einer historisch einmaligen und epidemiologisch begründeten Ausgangssperre. Diese führt sowohl in den jeweiligen Ländern, aber auch im Zeitalter globaler Handelsbeziehungen, zu dramatischen Ergebnissen. Schließen beispielsweise bei uns die großen Textildiscounter ihre Filialen, so hat das nicht nur harte finanzielle Einbußen für Verkäufer*innen bei uns zur Folge, sondern führt auch in Bangladesch und Pakistan zu Massenentlassungen in den dortigen Textilfabriken. Die Corona-Krise zerstört globale Lieferketten mit gravierendem Einfluss auf die Weltwirtschaft, verschärft aber vor allem die tiefen sozialen Verwerfungen. Wir leben in einer Zeit der Krise, von der alle betroffen sind, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise. Was wir jetzt dringend brauchen, ist ein Rettungsschirm für die Menschen. Dazu gehört, dass die Kosten der Krise gerecht verteilt werden. So dürfen die Folgekosten der Krise nicht bei den Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen hängen bleiben, die schon bei der Finanzkrise 2008 geblutet haben. Wir als LINKE setzen uns dafür ein, dass niemand unter die Räder kommt. Solidarität, Rücksichtnahme und ein Miteinander müssen die Fundamente für die Zukunft sein.

„Menschen vor Profite“ bedeutet für uns, dass jegliches Profitstreben aus dem Gesundheitssystem verbannt werden muss. Gesundheit darf keine Ware sein. Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden. Gleichzeitig braucht es wirksame Sofortmaßnahmen für die Pflegekräfte im Einsatz. In der Corona-Krise machen sich viele Menschen Sorgen um ihre Gesundheit, ihre Angehörigen und ihre berufliche Existenz. Die Corona-Pandemie trifft allerdings nicht alle gleichermaßen, sondern vor allem Kinder, die nicht mehr in Schulen und Kitas dürfen, Familien und arme Menschen, die in kleinen Wohnungen leben, wohnungslose Menschen, Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, von Rassismus Betroffene, kleine Betriebe ohne Rücklagen usw. In der Corona-Krise leiden zuerst diejenigen, die ihren Job verlieren oder mit 60% Kurzarbeitergeld über die Runden kommen müssen.

Jetzt wird deutlich, wer die Gesellschaft zusammenhält, welche Arbeiten systemrelevant sind. Das sind die Bereiche Gesundheit, Pflege, Erziehung, Landwirtschaft, Einzelhandel und Logistik, Medizintechnik, sowie alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die zur Grundversorgung notwendig sind. Viele dieser Arbeiten werden von Frauen ausgeübt, die wenigsten werden entsprechend ihrer gesellschaftlichen Relevanz bezahlt. Diese Beschäftigten verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung und sie verdienen Schutz ihrer Gesundheit und bessere Löhne und Arbeitsbedingungen.

Ein Rettungsschirm für die Menschen und nicht für Großkonzerne

Es ist völlig inakzeptabel, dass in Deutschland die Zahl der Milliardäre steigt, wir inzwischen über eine Million Vermögensmillionäre haben und gleichzeitig die Zahl der Kinder, die arm sind oder von Armut bedroht sind, bei über vier Millionen liegt und weiter steigt. Und in dieser Krise wird sichtbar, was DIE LINKE stets aufgezeigt hat.

Für die Zeit der Krise erheben wir u.a. diese Sofortforderungen

Alle Beschäftigten, die in der jetzigen Situation weiterarbeiten müssen und dabei direkten Kontakt zu Menschen haben, müssen vom Arbeitgeber Schutzmasken und Handschuhe zur Verfügung gestellt bekommen.

- Wir brauchen ein Sofortprogramm, das allen Pflegekräften und Beschäftigten in Berufen mit engem Kontakt zu kranken Menschen 500 Euro im Monat als Gefahrenzulage zahlt.
- Unter der Corona-Krise leiden besonders die Kinder, Alleinerziehende und Leistungs-Beziehende. Wir fordern einen Sofortaufschlag auf die Grundsicherung von 200 Euro. Die Anrechnung des Partner Einkommens in der Bedarfsgemeinschaft muss ausgesetzt werden. Eine Kindergrundsicherung von 600 Euro soll Kinder vor Not und Armut schützen.
- Keine Mieterhöhungen, keine Kündigungen und Zwangsräumungen, keine Strom- und Wassersperrungen. Wir wollen einen verbindlichen Mietendeckel überall in Deutschland,
- Sammelunterkünfte auflösen zugunsten von Wohnungen und Unterbringung in leerstehenden Hotels, auch für Obdachlose.
- Mietstundungen allein reichen nicht, wenn die Einkommen ausbleiben. Deshalb fordert DIE LINKE: Kein Lohn? Keine Miete!
- Wir wenden uns gegen staatliche Hilfen für die großen Immobilienkonzerne. (Großkonzerne wie Deutsche Wohnen haben z.B. 2019 1,6 Milliarden Euro Gewinn gemacht.)

Ein krisenfestes Gesundheitssystem

Das Gesundheitssystem ist seit Jahren auf Profit getrimmt worden mit dem Ergebnis, dass es kaum Reserven gibt. Es sind z.B. nicht genug Atemschutzmasken, Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, nicht genug Betten und Pflegekräfte vorhanden. Das ist unverantwortlich und skandalös. Notwendig ist der Einstieg in ein langfristig krisensicheres Gesundheitssystem. Noch vor der Corona-Krise hatte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung die Schließung von mehr als 600 Krankenhäusern in Deutschland gefordert, obwohl seit Jahren bekannt ist:

- In den Krankenhäusern und in der Altenpflege fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. Die Arbeitsbedingungen müssen endlich verbessert werden, auch damit die Gesundheit von Pflegekräften sowie Patientinnen und Patienten geschützt wird.
- Menschen vor Profite heißt: Gesundheit und Pflege sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und müssen öffentlich organisiert sein. Profit machen mit Gesundheit und Pflege muss verboten werden. Der öffentliche Gesundheitsdienst und die Gesundheitsämter müssen gestärkt und wieder aufgebaut und der Investitionsstau in den Krankenhäusern aufgelöst werden.
- Wir brauchen eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle. Mit der Zwei-Klassen-Medizin muss Schluss sein. DIE LINKE fordert, dass alle entsprechend ihrer jeweiligen Einkommen einzahlen. Die Beiträge sinken in einer sozialgerechten Bürgerversicherung für die Mehrheit. Die Versicherung kommt für alle Kosten auf, Eigenanteile entfallen.

Jetzt in die Zukunft investieren

Schon jetzt geht es darum, den wirtschaftlichen Wiederaufbau als Aufbruch in eine neue, krisensichere, sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsform anzulegen. Dafür müssen staatliche Finanzhilfen so ausgestaltet werden, dass Investitionen in ökologische und soziale Infrastruktur Vorrang haben.

- Aufbau von Kapazitäten und Personal im öffentlichen Nah- und Fernverkehr.
- Aufbau von Kapazitäten und Personal in der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere im Bereich Gesundheit, Pflege, Bildung und Erziehung, Ausbau von Planungskapazitäten bei Forschung und Wissenschaft.
- Flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur, Breitbandinternet etc..
- Stärkung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energieversorgung in kommunaler und Bürgerhand

Die Kosten der Krise gerecht verteilen

Es gibt in Deutschland über 1,3 Millionen Millionäre und 126 Milliardäre. Diese Menschen können sich höhere Abgaben (und damit einen gerechten Beitrag) leisten – im Unterschied zu den Verkäuferinnen, Reinigungskräften, Paketboten und Kellnerinnen, die jetzt häufig mit 60% des Mindestlohns als Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld auskommen müssen.

- Zur gerechten Finanzierung der Krisenkosten wird eine Abgabe von 5% auf alle Vermögen ab 2 Millionen Euro erhoben.
- Die Vermögenssteuer muss wieder in Kraft gesetzt werden: 5% auf alle Vermögen oberhalb von einer Million Euro.
- Schluss mit Schuldenbremse und schwarzer Null. Nicht nur im Krisenfall sind das keine geeigneten Orientierungen für Haushalt und Investitionen in der Gesellschaft.
- Die Einkommenssteuer muss so umgestaltet werden, dass der Freibetrag erhöht wird. Die Besteuerung von hohen und Höchsteinkommen wollen wir anheben.
- Rettungsmaßnahmen dürfen nicht dazu führen, dass die Gewinne der großen Konzerne, Banken und Immobiliengesellschaften unangetastet bzw. privatisiert werden, während die Verluste und Einnahmeausfälle vom Steuerzahler übernommen werden. Deshalb muss auch die aktuelle Auszahlung von Dividenden der DAX Unternehmen von 44 Mrd. Euro zugunsten der Allgemeinheit ausgesetzt werden.
- Nicht nur angesichts der Corona-Krise sind steigende Rüstungsausgaben, Waffenexporte, Militärmanöver und jegliche Militäreinsätze zu stoppen und entsprechende Gelder für zivile Projekte einzusetzen

Die Krise trifft auch Kommunen wie Duisburg hart

DIE LINKE zeigt sich besorgt über das Ausmaß der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise und warnt vor den Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen in Duisburg. Wir stehen vor einer weltweiten Rezession, die auch für Duisburg verheerende Folgen haben wird. Kaum ein Bereich im Haushalt und kaum ein städtisches Unternehmen bleiben von der Corona-Krise verschont. Schon jetzt hat die Stadt massive Einnahmeausfälle bei den Bädern, Museen, Bibliotheken oder dem Theater zu verkraften. Städtische Unternehmen wie die Verkehrsbetriebe, die Stadtwerke oder der Zoo bekommen die Corona-Krise bereits hautnah zu spüren. Hinzu kommen deutliche Ausgabensteigerungen im Gesundheitsbereich und den Sozialkosten der Unterkunft für weitere Bezieher von Arbeitslosengeld II. Damit wird deutlich, dass die im Namen der Haushaltskonsolidierung seit Jahren umgesetzte, rücksichtslose „Spar“- bzw. Kürzungspolitik die Stadt Duisburg keinen Schritt nach vorn gebracht hat.

Was bleibt, ist eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur: marode öffentliche Gebäude, kaputte Straßen und Brücken, immer mehr Container als Schulen und ein desolater Nahverkehr. Die durchschnittliche Gesamtnutzungsdauer der Schulsportanlagen in Duisburg beläuft sich auf gerade noch elf Jahre, obwohl sie laut der Gemeindeprüfungsanstalt NRW bei durchschnittlich 30 Jahren liegen sollte. Jetzt rächt sich, dass es SPD und CDU auf Bundes- und Landesebene seit der Finanzkrise 2008 unterlassen haben, eine nachhaltige Finanzpolitik und angemessene

Finanzausstattung für die Kommunen auf den Weg zu bringen, damit diese für Krisenzeiten gerüstet sind. Während innerhalb weniger Tage ein Billionen schweres Rettungspaket für die Wirtschaft geschnürt wurde, werden die Kommunen mal wieder allein gelassen und bleiben auf den Kosten sitzen. ... Bund und Länder müssen sich jetzt bereit erklären, einen kommunalen Rettungsschirm aufzuspannen und die Corona bedingten Folgeschäden für die Kommunen zu übernehmen.

Die Pandemie macht nicht an der Grenze halt

Nur wenige Länder verfügen über ausreichende Ressourcen im Umgang mit der Pandemie.

DIE LINKE fordert:

- Schuldenerlass für Entwicklungsländer und Corona Bonds in der Eurozone.
- Entlastung der EU-Hot-Spots auf den griechischen Ägäis-Inseln durch sofortige Aufnahme von 10.000 Geflüchteten – darunter zahlreiche unbegleitete Minderjährige.
- Die Aussetzung des Asyl- und grundlegender Menschenrechte lehnen wir ab. Abschiebungen müssen sofort gestoppt werden.

Solidarität über Grenzen hinweg – Leben weltweit schützen

Die Globalisierung wurde bislang geprägt durch das Dogma des Freihandels, der kapitalistischen Produktionsweise und der Konkurrenz von Nationalstaaten. Das Corona-Virus zeigt deutlich, dass eine solche Welt nicht in der Lage ist, der Gefahr einer Pandemie effektiv zu begegnen. Solidarität, Kooperation und gegenseitige Unterstützung können nur gelingen, wenn diese auch die Prinzipien der Außen- und Wirtschaftspolitik werden. Der Mensch, seine Unversehrtheit und seine Grundbedürfnisse müssen ins Zentrum der Politik rücken.

Die Corona-Krise bedroht aber auch unser Gemeinwesen und die Demokratie. Sie macht weder vor Staaten, Kulturen oder Religionen halt. Sie muss daher auch international kooperierend und solidarisch bekämpft werden. Trotzdem werden vielerorts nationale und autoritäre Lösungen propagiert. In Ungarn oder in den USA und Brasilien gefährdet die politische Rechte nicht nur fahrlässig die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger, sondern sie nutzt die Gunst der Stunde auch für nationalistische Alleingänge und undemokratische Maßnahmen. Die Corona-Krise wird vielerorts genutzt, um bekannte Ressentiments zu schüren. Auch in der Bundesrepublik versuchen antidemokratische Parteien und Strömungen, etwa die AfD, die Pandemie mit abstrusen Verschwörungstheorien auf Geflüchtete oder einzelne Personengruppen zurückzuführen. Sie wollen die Krise nutzen, um einer weiteren Abschottungspolitik das Wort zu reden. Rassismus verschärft die Folgen der Corona-Pandemie für bereits jetzt schon marginalisierte Gruppen der Bevölkerung und vergiftet das Zusammenleben. DIE LINKE wendet sich entschieden gegen jede Form von Rassismus, Nationalismus und Faschismus, hier und überall. DIE LINKE steht für internationale Solidarität, weltweite Kooperation und Einhaltung der UN-Menschenrechte.

DIE LINKE kämpft dafür, diesen Gedanken in der internationalen Politik zu stärken und Initiativen für die Entwicklung einer Vision für das friedliche und solidarische Zusammenleben der Menschen weltweit zu unterstützen. Die Corona-Pandemie verdeutlicht uns: Acht Milliarden Menschen sind nicht nur untrennbar verbunden, sie haben auch nur diese eine Welt. Es ist an der Zeit, dass wir uns gemeinsam vor den Krisen dieses globalen Kapitalismus mit Verschwendung und Überfluss auf der einen und Knappheit und Armut auf der anderen Seite retten. Die globale Klimabewegung kann hierbei als Vorbild für eine neue internationale Solidarität dienen.

460 Die Erschütterungen der Corona-Pandemie sind bereits heute global. Sie treffen in enormer
461 Weise unser Zusammenleben, die Verfasstheit unserer Gesellschaften und die mit ihr
462 vorherrschende Produktionsweise. Das unterstreicht noch einmal unsere Forderung nach der
463 Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Umbaus und damit verbundenen radikalen Wandels
464 der Art und Weise wie wir produzieren, konsumieren und Wirtschaft denken.

465

466

467

468

469

470

471

472

473

474

475

476

477

478

479

480

481

482

483

484

485

486

487

Eine Stadt für alle – 100% sozial

Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Armutsbekämpfung

DIE LINKE wird die Armutsbekämpfung in den Fokus des politischen Handelns nehmen. In Duisburg sind alle Altersklassen von Armut betroffen. Besonders schmerzhaft ist der nach wie vor immens hohe Anteil der Kinderarmut. Kinderarmutsquoten von bis zu 50 % in einzelnen Stadtteilen sind unerträglich und müssen angegangen werden. Hierzu gehört die intensive Arbeit vor Ort, gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden genauso wie das Eintreten für die Verbesserung der Situation in den Kitas und Schulen. (Mehr dazu im Kapitel Jugend auf Seite 43)

Letztendlich liegt das Kernproblem der Duisburger Armut jedoch in Berlin und dem Hartz-IV-System. Der monatliche Regelsatz war laut Paritätischem Wohlfahrtsverband schon vor Corona um mindestens 150 € zu niedrig. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Lage der Betroffenen weiter verschärft, zumal sie wegen des schnelleren Ausverkaufs preisgünstiger Lebensmittel in den Discontern und der Schließung etlicher Tafeln verstärkt auf teurere Produkte ausweichen müssen. Das führt laut „foodwatch“ zu einem Preisanstieg frischer Lebensmittel im Corona-April 2020 um 27,1% im Vergleich zum Vorjahr und um 9,5% im Vergleich zum Vormonat. Dementsprechend fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband einen zusätzlichen Corona-Aufschlag um monatlich mindestens 100 €, sodass die Hartz-IV-Regelsätze derzeit (Stand April 2020) insgesamt um monatlich 250-300 € höher liegen müssten. Zu allem Überfluss werden viele Betroffene auch noch mit weiteren Sanktionen unterhalb des ohnehin zu niedrigen Regelsatzes belastet. Dabei nimmt das Duisburger Jobcenter die traurige Spitzenposition in ganz Deutschland ein. Dementsprechend sind auch laut Verbraucherzentrale die Stromsperren in Duisburg besonders hoch. LINKE-Anträge im Duisburger Sozialausschuss zur Aussetzung dieser brutalen Sanktionen wurden stets von Duisburgs Großer Koalition (SPD, CDU) sowie den kleineren Fraktionen aus dem bürgerlichen Spektrum und dem Rechtsaußen-Spektrum abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil deutlich gemacht, dass wenigstens die Sanktionen mit über 30% Abzug vom ohnehin schon zu niedrigen Regelsatz verfassungswidrig sind. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil deutlich gemacht, dass die Sanktionen über 30% verfassungswidrig sind. Insbesondere in Duisburg leiden viele Familien mit Kindern unter dem Hartz-IV-System und den drakonischen Sanktionen.

Außerdem werden wir uns dafür stark machen, dass Duisburg endlich ein eigenständiges Sozialdezernat erhält. Seit Jahren streiten wir leidenschaftlich dafür und werden an dieser Forderung weiter festhalten. Der aktuelle Dezernatszuschnitt ist für eine Stadt wie Duisburg ungeeignet. In allen Teilbereichen des Dezernats gibt es riesige Baustellen. Insbesondere die Bereiche Bildung und Soziales sind in Duisburg in einem katastrophalen Zustand. Für die Zukunft werden die Aufgabenbereiche noch deutlich ansteigen. So hat es durch das Inkrafttreten der nächsten Stufe des Bundesteilhabegesetz eine deutliche Aufgabenausweitung gegeben und auch die Neuregelungen zum Elternunterhalt bringen große Herausforderungen mit sich. Dies führt dazu, dass der Arbeitsaufwand massiv ansteigen wird und die Aufgaben bei dem jetzigen Zuschnitt kaum zu bewältigen sein werden. Diese Ausgangsposition kombiniert mit der dramatischen Unterbesetzung im Sozialamt und

dem Jobcenter erfordert dringenden Handlungsbedarf. Insbesondere im Amt für Soziales und Wohnen ist die Situation prekär. Hier ist noch nicht einmal die Stelle der Amtsleiterin besetzt. (Mehr dazu im Stadtverwaltung und Personal auf Seite 57)

Das Soziale muss in Duisburg endlich wieder einen herausgehobenen Stellenwert erhalten.

DIE LINKE fordert:

- Sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen leben können also Anpassung des Stundenlohns auf 13,00 €.
- Ein eigenes Sozialdezernat für die Stadt Duisburg
- Abschaffung aller Hartz-IV-Sanktionen
- Stadtrat und Oberbürgermeister müssen sich auf Bundesebene für eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze einsetzen und gegen Sanktionen

Arbeitszeitverkürzung und Arbeit umverteilen

Obwohl die Arbeitslosenzahlen nach wie vor hoch sind, müssen immer mehr Menschen unbezahlte Überstunden machen und auch im hohen Alter immer länger arbeiten. Rund 2,5 Millionen Menschen sind in Deutschland offiziell arbeitslos. Mehrere Hunderttausend haben zwar keine Arbeit, werden aber statistisch nicht als arbeitslos erfasst. Sogar Hartz 4-Betroffene in 1€/2€-Jobs und anderen Maßnahmen; sowie Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung gelten offiziell nicht arbeitslos, obwohl ihnen neben ihrer finanziellen Armut auch die Rechte normaler Arbeitnehmer*innen (wie zum Beispiel Kündigungsschutz, gesetzlicher Mindestlohn und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) vorenthalten werden. Hinzu kommen Millionen Menschen in Minijobs oder in Teilzeit und prekär beschäftigten Arbeitsverhältnissen, die unter vernünftigen und zumutbaren Bedingungen gerne länger arbeiten würden. Auch die Arbeitsbedingungen haben sich für viele Menschen verschlechtert: die Leiharbeit ist vor allem auch im Zuge des Hartz4-Sozialkassenschlags stark angestiegen, weil Erwerbslose unter Androhung von Sanktionen zur Annahme dieser Beschäftigungsverhältnisse gezwungen werden. Genauso wie die Fluktuation (also die schnelleren Kündigungen), ist laut Krankenkassen-Berichten auch die Krankheitsrate dort deutlich höher als im Beschäftigungs-Durchschnitt. Besonders in Duisburg ist die Situation untragbar geworden. Bei einer der höchsten Arbeitslosenquoten im Bund von 10,1 % besteht dringender Handlungsbedarf. Die Zahl der Menschen, die von Hartz IV abhängig sind, steigt weiterhin. Sie lag vor der Corona-Krise bei ca. 80.000 Duisburger*innen einschließlich Kindern in betroffenen „Bedarfsgemeinschaften“ und arbeitender „Aufstocker*innen“. Die Jugendarbeitslosigkeit ist ebenfalls ein großes Problem. Gleichzeitig müssen viele, die eine Vollzeitstelle haben, sehr lange arbeiten. Vollzeitbeschäftigte wünschen sich daher oft eine kürzere Arbeitszeit, Teilzeitbeschäftigte eine längere. Diese Wünsche stehen allerdings mit der tatsächlichen Arbeitszeit nicht im Einklang. Die Unzufriedenheit mit dem Umfang der eigenen Arbeitszeit ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Den Arbeitgebern müssen in ihrem Begehren - nach allzeit abrufbereiten Beschäftigten - Schranken gesetzt werden. Maßstab für die Dauer und die Verteilung der Arbeitszeit sollten die Wünsche der Beschäftigten sein. Mehr Souveränität bei der Verteilung der Arbeitszeit, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie Zeit für sich selbst wäre ebenfalls im Sinne der Beschäftigten.

Während die einen höchstens einen schlecht bezahlten Minijob ergattern können, arbeiten Vollzeitbeschäftigte tatsächlich meist mindestens 40 Stunden in der Woche. Plus Überstunden und Fahrtzeit bleibt für das eigene Leben, für Kinder, Sport, Kultur und Freizeit vom Tag nur wenig übrig. Wir müssen die Arbeit neu verteilen. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit. Aus diesem Grund fordern wir, die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt gerechter zu gestalten. Statt lange Arbeitszeiten für die einen und gar keine oder zu wenig Arbeit für die anderen, sollte diese besser verteilt werden und den Wünschen und Forderungen der Arbeiter*innen angepasst werden. Das bedeutet, dass die Arbeitszeit für

Vollzeitbeschäftigte verkürzt und Überstunden begrenzt werden müssen. Wichtig dabei ist, dass diese Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht und mit Personalausgleich erfolgt. Die Arbeitszeit zu reduzieren, ist also für DIE LINKE ein zentrales Instrument gegen Arbeitslosigkeit und für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Auch in Krisenzeiten kann durch Arbeitszeitreduzierungen vermieden werden, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. Das hat die vergangene Krise 2009 eindrücklich gezeigt. Arbeitszeitverkürzung ist auch wichtig, um die vorhandene Arbeit gerechter zwischen Frauen und Männern zu verteilen. Ebenso hat dies Einfluss auf die Gesundheit der Beschäftigten, denn lange Arbeitszeiten machen krank. Der Arbeitszeitreport 2016 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin stellt fest, dass mit zunehmender Länge der Arbeitszeit der Anteil der Beschäftigten steigt, die über gesundheitliche Beschwerden berichten. Bereits ab zwei Überstunden werden deutlich häufiger gesundheitliche Beschwerden genannt und mit steigender Überstundenzahl nehmen insbesondere körperliche Erschöpfung und Schlafstörungen zu. (Mehr dazu im Kapitel Gesundheit auf Seite 32)

Dass wir über Arbeitszeit reden können, liegt unter anderem daran, dass es einen kontinuierlichen Anstieg bei der Produktivität gegeben hat und weiterhin geben wird, zum Beispiel durch die Industrie 4.0. Bei der Verteilung der Arbeitszeit haben Betriebsräte ein starkes Mitbestimmungsrecht. Problematisch wird es aber schon bei den ganzen Ausnahmeregelungen im Arbeitszeitgesetz: verlängerte Öffnungszeiten und verkaufsoffene Sonntage hier, Wochenend- und Nachtarbeit da. Wenn wir über mehr Zeitsouveränität reden, können wir direkt damit beginnen, genau diese Ausnahmeregelungen zu streichen!

Wir brauchen endlich einen Perspektivwechsel in dieser Frage. Diejenigen, die die Werte schaffen und damit den Reichtum in dieser Gesellschaft, müssen im Zentrum der Diskussion stehen: Die Beschäftigten brauchen also entscheidend mehr Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitszeit. Sie müssen souverän über ihre Arbeitszeit entscheiden können. Es ist klar zu regeln, dass Arbeitnehmer*innen ein bestimmtes, ausreichendes Maß an freier Zeit zusteht, in der sie nicht abrufbar sein müssen. Sollten Ausnahmen von dieser Regelung im Einzelfall notwendig sein, müssen sie vertraglich geregelt und vor allem zusätzlich vergütet werden.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen Eltern von Kindern bis zwölf Jahren ein Initiativrecht zur Gestaltung von Beginn und Ende ihrer täglichen Arbeitszeit haben. Eltern ist ein Recht auf Teilzeit einzuräumen, das mit dem Anspruch verbunden wird, nach der Teilzeit die Arbeitszeit wieder erhöhen zu können. Eltern müssen auf Verlangen von Mehrschicht in Normalschicht wechseln können.

Die ersten Schritte dahin können sofort beginnen. Ein erster Schritt dies auf kommunaler Ebene einzuführen, wäre alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst diese Möglichkeit zu geben.

DIE LINKE fordert:

- Gerechtere Verteilung von Arbeit
- Reduzierung der Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte bei vollständigem Personalausgleich und ohne Lohnverzicht
- Erhöhung der Arbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte
- Begrenzung der Überstunden
- Mehr Souveränität des Arbeitnehmers bei der Verteilung von Arbeitszeit und Freizeit
- Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Die Einführung der 30-Stundenwoche



628

Wohnen

629

630

Bezahlbaren Wohnraum für alle!

631

632

633

634

635

636

637

638

639

640

641

642

643

644

645

646

647

648

649

650

651

652

653

654

655

656

657

658

659

660

661

662

663

664

665

666

667

Der Duisburger Wohnungsmarkt ist durch eine ausgeprägt sozialräumliche Aufspaltung gekennzeichnet. In den industrienahen, vernachlässigten Wohnvierteln lebt vor allem der ärmste Teil der Duisburger*innen und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Reichen und Wohlhabenden haben ihre luxuriösen Wohngegenden im Duisburger Süden und am Kaiserberg. Die Mittelschichten verfügen über relativ moderne Wohnungen, sowohl im Altbestand als auch in den zahlreichen neuen Siedlungen.

Werkswohnungen des Bergbaus, der Stahl- und Chemieindustrie und der Bahn hatten traditionell in Duisburg eine herausragende Bedeutung. Sie wurden inzwischen teilweise an die Mieter*innen verkauft, soweit diese dazu finanziell in der Lage waren. Den größeren Anteil konnten sich aber verheerender Weise profitinteressierte international aktive Finanzgruppen sichern. Mit dem von der schwarz-gelben Landesregierungen betriebenen Verkauf der LEG sind abermals viele tausend Wohnungen in die Hand von privaten Gesellschaften gewechselt.

Umso wichtiger ist die Sicherung und Aufwertung der ca. 14.000 Wohnungen des kommunalen Wohnungsbestands der GEBAG. Auch Genossenschaftswohnungen haben in Duisburg immer noch eine große Bedeutung.

Der Wohnungsmarkt in unserer Stadt ist rein quantitativ entspannt. Viele der Wohnungen sind aber seit Jahrzehnten vernachlässigt worden und/oder haben einen hohen Sanierungsstau. Die Zahl der Wohnungsleerstände ist mit rund 11.500 Wohnungen sehr hoch, darunter zahlreiche Schrottimmobilien, vor allem in den industrienahen, vernachlässigten Stadtteilen wie Bruckhausen, Marxloh und Hochfeld. Nach wie vor ist aber ein großer Teil des Wohnungsbestands durch schlechte Bausubstanz, mangelhafte sanitäre Einrichtungen, veraltete Beheizung, schlechte Isolierung und eine generelle Vernachlässigung der Immobilie gekennzeichnet. Das Wohnumfeld entspricht bei einem hohen Prozentsatz immer noch nicht modernen Standards (Verkehrs- und industrielle Emissionsbelastung, schlechte Infrastruktur, mangelnde Versorgungseinrichtungen, fehlende Barrierefreiheit, keine kindgerechte Gestaltung usw.). Vor allem fehlt es an qualitativ guten, familiengerechten, generationsübergreifenden und bezahlbaren Wohnungen.

Es fehlen auch Wohnungen, die dem veränderten Sozialverhalten gerecht werden (z. B. Singlehaushalte, Wohngemeinschaften junger Menschen, von alleinerziehenden Müttern und Vätern, älteren Menschen usw.). Im Vergleich zu anderen Städten des Ruhrgebiets fällt auf, dass Duisburg deutlich geringeres Wohneigentum hat, was ebenfalls auf die Sozialmisere verweist.

Menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen muss gefördert und durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Umso mehr in Zeiten wachsender Armut. Eine Armutsfalle innerhalb des Hartz-IV-Systems ist die Berechnung der Kosten der Unterkunft (KDU). Die Kosten der Unterkunft legt die Stadt Duisburg durch Berechnung der Hamburger Firma „Anlayse & Konzepte“ fest, obwohl das in zahlreichen anderen Kommunen von Sozialgerichten verworfen wurde, weil damit nicht alle Betroffenen eine entsprechende Wohnung finden können. Mit Hilfe zahlreicher statistischer Tricks wird die zulässige Miete vor allem in neueren Bauten weit unter die tatsächliche Miete gedrückt. Dadurch müssen viele Betroffene einen Teil ihrer Miete aus ihrem ohnehin schon zu niedrigen Regelsatz bezahlen oder sich eine günstigere Wohnung – meist im Duisburger Norden – suchen, die aber immer schwerer zu finden ist. Das befördert die Segregation in unserer Stadt. Entsprechende LINKE-Anträge zur Übernahme der tatsächlichen Unterkunftskosten durch das Duisburger Jobcenter wurden stets von der Duisburger Großen Koalition (SPD, CDU) sowie den kleineren Fraktionen aus dem bürgerlichen Spektrum und dem Rechtsaußen-Spektrum abgelehnt.“ So müssen Betroffene von dem sowieso schon zu geringen Regelsatz aus der eigenen Tasche auf die Miete drauf zu zahlen.

Hier ist neben den privaten Besitzern und den großen Wohnungsgesellschaften insbesondere die städtische GEBAG gefordert. Die großflächige Vernichtung von preiswertem Wohnraum geht in Duisburg seit Jahren einher mit einem massiven Verlust von Sozialwohnungen.

Schrottimmobilien

Wir lehnen die derzeitig stattfindende herkunftsunabhängige Verdrängung von Menschen, die bereits abgedrängt am Rande der Gesellschaft stehen, ab. Die „task force“ der Stadt Duisburg in der jetzigen Form, die sehr oft nachts Menschen in fragwürdigen Aktionen und mit menschenverachtenden Methoden aus den sogenannten Problemimmobilien geholt haben, muss aufgelöst werden. Es ist zwar richtig, gefährliche Immobilien schnellstmöglich zu räumen, um die Menschen zu schützen, doch für die zwangsgeräumten Mieter*innen muss auch eine haltbare Alternative zur Verfügung gestellt und die Ursachen beseitigt werden. Kriminelle Vermieter*innen und auch Wohnungsgesellschaften müssen zur Verantwortung gezogen werden.

DIE LINKE fordert:

- Deutlicher Ausbau des sozial geförderten, öffentlichen Wohnungsbaus
- Die Einführung eines Mietendeckels
- Die GEBAG muss in die Lage versetzt werden deutlich mehr kommunalen sozial geförderten Wohnungsbau zu schaffen
- Kein Verkauf von öffentlichem Wohnungsbestand
- Förderung von altengerechtem und betreutem Wohnen in kommunaler Hand.
- Ausbau der öffentlichen Information und finanziellen Hilfestellung bei der energetischen Modernisierung des Wohnungsbestands.
- Fortschreibung des Wohnungsnotfallplans.
- Stärkere und regelmäßige Kontrollen des Altwohnungsbestands durch die Bauaufsicht, um bauliche Mängel, allgemeine Vernachlässigung durch die Eigentümer, Brandgefahren usw. zu bekämpfen
- die komplette Übernahme der tatsächlichen Unterkunftskosten durch das Duisburger Jobcenter (SGB II) und das Duisburger Sozialamt (SGB XII)
- Die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind.



Wirtschafts- und Stadtentwicklung

Stadtentwicklung mit menschlichem Maß

Duisburgs Stadtentwicklung war in den letzten Jahrzehnten von einem Strukturwandel und einem dramatischen Arbeitsplatzabbau geprägt. Die Entwicklung alternativer Industrieansiedlungen scheiterte oft an den konkurrierenden Interessen unter den Ruhrgebietsstädten. Ausbleibende Steuereinnahmen durch die Kommune und knappe Gelder für die Stadtentwicklung waren die Folge.

Duisburg befindet sich immer noch in einer Strukturkrise. Die Verluste der industriellen Arbeitsplätze sind gewaltig, setzen sich leider weiter fort und ein Ende des Rückgangs ist nicht absehbar.

Zwar ist die Stahlindustrie immer noch Hauptindustriezweig - in Duisburg wird nach wie vor eine erhebliche Menge des Stahls in Deutschland produziert - aber die Zahl der Beschäftigten ist allein durch die hohen Produktivitätsfortschritte und durch die weiteren Schließungen von Produktionsstätten rückläufig. Gegenmaßnahmen sind durch Ansiedlungen von neuen Unternehmen zu unterstützen. Dabei darf aber nicht wieder einseitig nur auf eine Branche wie zuletzt die Logistik gesetzt werden, zumal gerade durch diese Branche auch viele neue Probleme für Duisburg entstehen und schon entstanden sind. Es muss darauf geachtet werden, dass eine neue Monostruktur vermieden wird und andere Branchen in erheblichem Maße anzusiedeln sind, hier ist die Wirtschaftsförderung gefragt.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze liegt trotz einer Steigerung in den letzten Jahren immer noch bei nur 173.852 (Stand 30.06.2018 – dies ist die aktuellste Zahl). Prekäre Jobs nehmen stark zu, immer mehr Menschen leben im SGB II - Bezug. Andere Branchen haben die Arbeitsplatzverluste bisher nicht kompensieren können. Trotz etlicher Großprojekte im Baubereich und wichtiger Neuansiedlungen bzw. Erweiterungen – vor allem in den Bereichen Handel und Dienstleistungen – lässt eine Trendwende auf sich warten.

Die Einwohner*innenzahl hatte sich noch vor einigen Jahren (gegenüber den sechziger Jahren) um rund ein Viertel verringert. Durch Zuzug von Geflüchteten und Zuwanderung steigt die Bevölkerung. Es hat also eine Trendwende eingesetzt. Zurzeit liegt Duisburg wieder bei über einer halben Million Einwohner*innen, die Tendenz ist steigend. Das bringt Probleme vor allem bei der Wohnraumversorgung und den Schulen, aber auch bei der Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt mit sich.

Gesellschaftlicher Nutzen vor Kapitalinteressen

Bei Privatinvestitionen ist aus Unternehmer*innensicht die profitable Kapitalverwertung das Ziel. Gesellschaftlicher Nutzen wie Beschäftigungsauswirkungen, soziale und kulturelle Entwicklung usw. sind dem vollkommen nachgeordnet. DIE LINKE will, dass alle Möglichkeiten für eine möglichst vielfältige Ansiedlungspolitik genutzt werden. Die generationenlange privatkapitalistische Monostruktur (v. a. Kohle und Stahl) hat in Duisburg bzw. im Ruhrgebiet mit dem Eintritt in Krise und Umstrukturierung schwerwiegende gesellschaftliche,

städtebauliche und ökologische Schäden hinterlassen. Das darf sich mit anderen Wirtschaftszweigen – etwa der Logistik – nicht wiederholen.

In den letzten Jahren gelang es, Duisburg aufgrund seiner Wasseranbindung zu einem Logistikstandort zu entwickeln, der zunehmend Arbeitsplätze schafft, doch bislang kein völliges Gegengewicht zur Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie darstellen konnte.

Was den Duisburger*innen vor allem von einer überwiegend sozialdemokratisch geprägten Stadtplanungspolitik als Erfolg einer gelungenen Strukturerneuerung verkauft wurde, wird besonders an deren innenstadtbezogenen Entwicklungskonzepten und der Vernachlässigung der Nebenzentren deutlich. Mit dieser Ausrichtung der kommunalen Wirtschaftspolitik wurden hauptsächlich die kommerziellen Interessen von Investoren bedient, während die Mehrheit der Bevölkerung mit einem zunehmenden Abbau sozialer und kultureller Einrichtungen konfrontiert wurde.

Der Niedergang eines großen Teils von Einzelhandels- und Inhaber*innen geführten Geschäften, die dem Konkurrenzdruck der Innenstadt und der Discountketten nicht standhalten konnten, hat ebenfalls zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, aber auch zu Verwerfungen in der Nahversorgung geführt. Zahlreiche Leerstände in den Vorstädten aber selbst auf Königstraße und Sonnenwall sind heute Belege dieser Entwicklung. Eine Nahversorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs ist dadurch besonders für ältere und weniger mobile Bürger*innen in einigen Quartieren weitgehend ausgeschlossen. Dies hat besonders auf dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung in Duisburg dramatische Folgen.

Mehr Grün und mehr Wasser in die Stadt

Die Stadtplanungs- und Wirtschaftspolitik von Duisburg darf nicht weiterhin den Kapitalinteressen untergeordnet werden, sondern muss einen eigenständigen Beitrag zur Stadtentwicklung leisten. Deshalb muss die Ausweitung öffentlicher Investitionen künftig oberste Priorität haben. Wir fordern aus den Mitteln des Landes NRW ein Stadtentwicklungsaufbauprogramm, das die großräumige, werterhaltende Sanierung bis in die Vororte hinein ermöglicht. Es muss ein gesamtstädtischer Masterplan unter Einbeziehung bezirklicher Entwicklungspläne geschaffen werden, der die Belange der Bürger*innen und die Steigerung der Wohn- und Lebensqualität ins Zentrum des Planungsverfahrens stellt. Wirklich innovative und kreative Entwicklungen wurden von der Duisburger Stadtpolitik über Jahrzehnte kaum angestrebt. In weiten Bereichen hat sie sich den Interessen der ansässigen Montangüterindustrie untergeordnet. Verkehrspolitisch dominiert die „autogerechte“ Stadt. Sie wurde schließlich von der sich zuspitzenden Struktur- und Finanzkrise buchstäblich überrollt.

Mitspracherecht für Bürger*innen

Positiv ist der vom Architekturbüro Foster erstellte Masterplan Innenstadtentwicklung mit seinen Gestaltungselementen „Mehr Grün und mehr Wasser in die Stadt“, Rückbau von Autoverkehrsflächen, Verdichtung von Straßenzügen und Stadtvierteln, Schließen von Baulücken usw. anzusehen. Nach dem von der LINKEN mitorganisierten und dann positiven ausgegangenen Bürgerentscheid gegen das DOC und dem Rückkauf des ehemaligen Güterbahnhofs durch die GEBAG gibt es endlich wieder die Chance einer Weiterentwicklung dieser wichtigen zentrumsnahen Brache nach den zu überarbeitenden Foster-Plänen („Duisburger Freiheit“). Damit gibt es hier auch wieder die Möglichkeit, dass eine grüne Verbindung von der Innenstadt zum Süden der Stadt realisiert werden kann. Auch eine Uni-nahe Nutzung ist hier denkbar. Das Projekt bietet große Chancen auf eine wirkliche Bürgerbeteiligung, abseits von den üblichen Scheinbeteiligungen. Die Stadtentwicklung in Duisburg war über die vergangenen Jahre bzw. Jahrzehnte von extremen Fehlplanungen geprägt. Drastische Beispiele sind hier das Küppers-Mühlen-Desaster sowie die Entwicklungen bei The Curve am Innenhafen. Das gescheiterte Projekt The Curve ist ein Negativbeispiel für Stadtentwicklung. Die Eurogate Promenade ist ein Treppenwitz, für den die Stadt zurecht Spott erntet. Die Treppe ins Nichts hat sich für viele Jahre als Symbol für Pleiten und Prestigedenken etabliert. Für den Bund der Steuerzahler*innen ist die Stahlbetontreppe zu Recht ein Musterbeispiel dafür, dass Fördermittel vor allem aus einem Grund verbaut

werden: damit sie nicht verfallen. Die verpulverten Millionen tragen die Steuerzahler*innen. Allgemein fordert DIE LINKE zur Verhinderung von Fehlplanungen seitens der Verwaltung eine echte Bürgerbeteiligung. Diese muss radikal anders sein als die Bürger*innenbeteiligung, die den Menschen bis jetzt vorgespielt wurde. Die Stadtspitze hat den Bürger*innen Möglichkeiten der Einflussnahme versprochen, Informationsabende organisiert und am Ende immer Beschlüsse vorgelegt, die die Interessen der Bürger*innen missachtet haben. DIE LINKE fordert ein echtes Mitspracherecht der Bürger*innen, in der Gestalt, dass Eingaben und Vorschläge nicht ohne weiteres übergangen werden können. Mitbestimmung muss endlich bedeuten, dass die Menschen auch tatsächlich mitbestimmen dürfen!

Weitere Negativbeispiele, die sich in Zukunft nicht wiederholen dürfen, sind die Entwicklungen der Flächen 6-Seen-Wedau und Am Alten Angerbogen im Duisburger Süden. Hier wurden ohne eine ernst gemeinte Bürgerbeteiligung elitäre Wohngebiete für Besservdiener geschaffen. Sozialwohnungen wurden komplett ausgespart. Diese Art der Stadtentwicklung sorgt für Trennung zwischen Bevölkerungsschichten, sozialen Unfrieden und geht zu Lasten der alteingesessenen Bevölkerung. Bei der Brache an der Steinschen Gasse bleibt die Hoffnung, dass nach der Übernahme durch die GEBAG hier ein neues Altstadtquartier mit kleinteiliger Bebauung für Wohnen und nicht-störendem Gewerbe entwickelt wird. Wir unterstützen die Orientierung „Duisburg an den Rhein“, die Wiedergewinnung einer urbanen Rheinflont, die Schaffung des Rheinparks in Hochfeld sowie die angestrebte, insgesamt stärkere Verzahnung des Stadtgebiets mit dem Rheinlauf. Die Internationale Gartenausstellung 2027 kann hier (und auch an anderen Orten in der Stadt) weitere Impulse setzen. Hierbei dürfen aber nicht der historische Bezug und die Umweltbelange vergessen werden. Auch das Projekt „Trajekt – Promenade“ zwischen der ehemaligen „Küppers Mühle“ und dem alten Hebe(Trajekt-)turm bietet die einmalige Chance, Duisburg wieder an den Rhein zu bringen. Für das seit Jahrzehnten im Dornröschenschlaf liegende Gelände rund um den Eisenbahnhofen in Ruhrort wünscht die LINKE eine städtebaulich interessante Planung. Wohnen und Arbeiten am Wasser machen den Standort attraktiv.

Zeitgemäßer Flächennutzungsplan

Im Zuge der Neufassung des gesamtstädtischen Flächennutzungsplans (FNP) fordern wir auch bezirkliche Entwicklungspläne. So wichtig eine attraktive Innenstadt für ein Oberzentrum wie Duisburg ist, die Unterzentren dürfen nicht weiter abgehängt werden. Sie müssen mit allen wesentlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionalitäten ausgestattet sein. Sozialräumliche Entmischung und Aufspaltung nach Einkommen und Vermögen müssen verhindert bzw. rückgängig gemacht werden.

Den Regionalplan Ruhr begrüßt DIE LINKE grundsätzlich, kritisiert ihn nur in seiner derzeitigen Ausgestaltung. Ein Vorteil ist die stadt- und regierungsbezirksübergreifende Planungsgrundlage, die zu einer deutlichen Verbesserung führen wird. Negativ sieht DIE LINKE jedoch den immensen Flächenfraß an Wald- und Freiflächen sowie der gleichzeitig deutlich zu geringe Anteil an Gewerbegebieten, der notwendig ist zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Lösung für die mangelnden Gewerbegebiete liegt jedoch nicht in der Umwidmung von Grün- in Gewerbeflächen, sondern darin, endlich Druck auf diejenigen Unternehmen aufzubauen, die seit vielen Jahren große, stark belastete Flächen brach liegen lassen. Stadtentwicklungsziele müssen sich an den sozialen und kulturellen Interessen der Einwohner*innen und am konsequenten Schutz der Umwelt orientieren. Wir wollen eine Stadt des menschlichen Maßes. Wir wollen eine Stadt des sozialen Ausgleichs, eine grüne, kinder- und altenfreundliche Stadt mit hoher Lebensqualität. (Mehr dazu findest du im Kapitel Umwelt auf Seite 28)

Dynamische Bestandsentwicklung im Wohnbereich hat für uns klar Vorrang vor weiterem Flächenfraß, Neubauten und weiterer Zersiedlung. Rückbau (von Immobilien und Autoverkehrsflächen) und Grünflächengewinnung müssen eine weitere Konstante des künftigen Flächenhaushalts sein.

Im ganzen Stadtgebiet bedarf es einer deutlichen Ausweitung der öffentlichen Toiletten und der Schaffung von ausreichend vielen Toiletten für Menschen mit Beeinträchtigungen. (Mehr zu Inklusion findest du auf Seite 48)

In sämtlichen Planungsstadien müssen die Betroffenen wesentlich stärker beteiligt werden, um einen breiten, demokratischen Entscheidungsprozess zu gewährleisten und Alternativen zu ermöglichen. Wir wollen eine lebenswerte Stadt, die unterschiedliche Formen des Lebens, Arbeitens und Wohnens berücksichtigt und kulturelle Verschiedenheiten respektiert.

DIE LINKE fordert:

- Eine Stadtentwicklung, die die Belange aller Bevölkerungsgruppen im Auge hat.
- Bezirkliche Entwicklungspläne
- Einwohner*innenbeteiligung bei Planung und Aufstellung von Qualitätszielen
- Eine immer weiter auseinanderdriftende Stadtgesellschaft muss verhindert werden.

Tourismusförderung

Seit über zehn Jahren gibt es in Duisburg ständig steigende Übernachtungszahlen. Neben Messebesucher*innen aus den Nachbarstädten, kommen auch immer mehr Tourist*innen nach Duisburg. Duisburg ist inzwischen der Rheinkreuzfahrt-Terminal für das gesamte Ruhrgebiet. Aber auch Duisburg selbst ist Ziel von (Industrie-) Kultur-Interessiert*innen geworden. Dazu hat Duisburg Kontor drei Schwerpunkte gesetzt, die weiter auszubauen sind. Ein zweiter Anleger für Flusskreuzfahrer ist bereits in Planung. Auch Wohnmobilst*innen besuchen unsere Stadt. Jedoch ist das Angebot an Stellplätzen unzureichend und muss ausgebaut werden. Dazu eignen sich Standorte an der Wedau, in Nähe der Walsumer Rheinaue oder von Tiger & Turtle. Hierbei sollte auch an eine Abwasserentsorgung gedacht werden. Auch der Radtourismus an der Nahtstelle von Niederrhein und Ruhr (Industriekultur) soll weiter gefördert werden. Hierzu sind aber auch eine bessere Rad-Infrastruktur und eine Verbesserung des Fahrrad-klimas erforderlich.



Mobilität

Für eine sozial-ökologische Verkehrswende und ein Grundrecht auf Mobilität

Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten

DIE LINKE will den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und setzt sich für intelligente und integrierte Verkehrskonzepte ein, die Mobilität für alle und überall gewährleisten. In Duisburg hat der Straßengüter- und Schwerlastverkehr einen besonders großen Anteil an der Misere. Dazu beigetragen hat auch der von der Stadt verfolgte Ausbau Duisburgs zur Logistikkreuzung ohne entsprechenden Vorrang für umweltverträgliche Verkehrssysteme. So wächst die LKW-Lawine immer noch ungebremsst weiter. An vielen Stellen ist die Belastungsgrenze für Anwohner*innen deutlich überschritten. Hier muss konsequent dagegen vorgegangen werden und nicht für den Schwerlastverkehr geeignete Straßen, wann immer möglich, für den Schwerlastverkehr gesperrt werden.

Für Walsum mit Logport VI dürfen nicht wieder dieselben Fehler gemacht werden, wie in Rheinhausen und anderswo im Stadtgebiet. Die Süd-West-Querspange Hamborn/Walsum muss zügig bis zum neuen Logport und dem alten Zechengelände gebaut werden! Neben einer LKW-tauglichen Straßenanbindung brauchen wir auch Stellplätze für die LKW und sanitäre Einrichtung für ihre Fahrer*innen. Denn diese verbringen meist ihre Pausenzeiten und ganze Wochenenden in ihren Fahrzeugen ohne Wasch- und Toilettenmöglichkeiten. Hier sind vor allem Duisport und die beteiligten Unternehmen in der Pflicht. Das gilt auch für eine Nachbesserung an bestehenden Standorten von Duisport und in größeren Gewerbegebieten. Es kann nicht sein, dass die Logistikbranche und der Hafen auf Kosten der LKW-Fahrer*innen und der Anwohner*innen boomt! Vorrang muss aber auch bei Logport VI der Gütertransport auf der Schiene haben. Auch im Duisburger Süden müssen Wohngebiete vom Schwerlastverkehr entlastet werden. Das betrifft vor allem den Ausbau der B 288 in Mündelheim und die langersehnte Umgehung über den Mannesmann-Acker. Die seit Jahrzehnten geplante Umfahrungsstraße für den Hafen in Meiderich ist inzwischen endlich auf den Weg gebracht. Die Straßenschäden nehmen von Jahr zu Jahr zu, nicht zuletzt durch den ungebremsst steigenden Schwerlastverkehr auf unseren Straßen. Die Unterhaltungskosten steigen enorm. Wir fahren unsere Verkehrsinfrastruktur seit Jahrzehnten auf Verschleiß, es wird viel zu wenig in den Unterhalt investiert. Viele Brücken im Stadtgebiet waren oder sind einsturzgefährdet bzw. wurden erst in letzter Minute mit hohen Kosten saniert. Ein gesteigertes Verkehrschaos ist jedes Mal die Folge. An vielen Stellen produziert eine dilettantische, vor allem auf das Auto fixierte Verkehrsführung zusätzliche Unfallgefahren.

Die Straßen gehören allen

Bei der künftigen Stadt- und Verkehrsplanung soll verstärkt das Prinzip der gemeinsam und gleichberechtigt genutzten Flächen im Verkehrsraum (Shared Space oder verkehrsberuhigter

Geschäftsbereich) eingesetzt werden. Dadurch wächst die gegenseitige Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer*innen untereinander und das Geschwindigkeitsniveau des Autoverkehrs wird gebremst. Ein positives Beispiel dazu ist der umgestaltete Opernplatz vor dem Stadttheater. Eine generelle Temporeduzierung innerorts erhöht die Verkehrssicherheit. Tempo 50 soll die Ausnahme auf wenigen Hauptverkehrsstraßen werden. Dabei sind dann aber zwingend moderne und sichere Radverkehrsanlagen - dann vom Autoverkehr separiert - vorzusehen.

DIE LINKE fordert:

- So viel Mobilität wie nötig, so wenig Verkehrsbelastung wie möglich.
- Die geplante Ausweitung des Flugbetriebs auf dem Rhein-Ruhr- Airport in Düsseldorf muss verhindert werden.
- Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs zugunsten von umweltverträglichen Verkehrsträgern auf Busse, Bahnen und Binnenschiffe.
- Eine Raumordnung mit dem Ziel der Verkehrsvermeidung
- Umschichtung von Mitteln zugunsten von Sammelverkehren (Bus und Bahn) sowie des Rad- und fußläufigen Verkehrs.
- Aufbau von multimodalen Mobil-Stationen, in denen die unterschiedlichen Verkehrsträger gebündelt werden und der Wechsel zwischen den verschiedenen Systemen für die Reisenden sicher und komfortabel erfolgen kann.
- Behindertengerechte Verkehrsmittel und Infrastruktur.
- Tempo 30 als Regel im innerstädtischen Verkehr und Reduzierung des Vorbehaltsnetzes.
- Schaffung autoarmer bzw. autofreier Wohngebiete.
- Förderung von Car-Sharing und Leihradssystemen.
- Nur eine kontrollierte Zulassung von E-Scooter-Verleih.
- Förderung des Umweltverbunds, systematische Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit dem Rad- und Fußverkehr.
- Abbau der Belastungen für Anwohner*innen durch den LKW-Verkehr.
- Umleitung des Schwerlastverkehrs direkt zur nächsten Autobahn, großflächige Sperrung von Wohngebieten und Stadtteilen für den Schwerlastverkehr.
- Errichtung von Shared-Space-Flächen in den Stadtteilen und der Stadtmitte.

ÖPNV ausbauen und nachbessern

Eine Vernachlässigung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs kommt teuer zu stehen. Der Ausbau des Schienenverkehrs ist in der Vergangenheit unterblieben. Strecken wurden eher stillgelegt. Das dichte Schienennetz der DB AG sowie mehrerer Werks- und Regionalbahnen wird nicht einbezogen und intensiv genutzt. Die ohnehin schlechte Netzqualität der Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) wurde durch den neuen Nahverkehrsplan (NVP) noch unattraktiver. Auf einigen Linien wie z. B. der 903 gibt es regelmäßig Kapazitätsprobleme. In den Spitzenzeiten werden auf verschiedenen Linien regelmäßig Mitfahrende zurückgelassen, die dann zu spät zur Schule, Uni oder zur Arbeit kommen. Hier muss dringend für eine Aufstockung der Kapazität gesorgt werden und die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Die DVG muss durch massive Zuschüsse auch aus dem städtischen Haushalt unterstützt werden.

Der aktuelle NVP ist vollkommen unzureichend und muss dringend nachgebessert werden. Dabei ist eine umfassende Bürger*innenbeteiligung auf Stadtbezirksebene unabdingbar. Im Bereich kommunale Schiene ist der NVP zu ergänzen. Es müssen auch Planungen für einen Ausbau des Straßenbahnnetzes - wie im Klimaschutzkonzept der Stadt von 2017 schon beschrieben - aufgenommen werden.

Der Ausbau und Betrieb des kommunalen Personen Nahverkehrs kann nicht kostendeckend erfolgen. Die hier entstehenden Kosten sind aber keine Verluste, sondern eine Investition in die Zukunft! Das können die Städte aber unmöglich allein schultern. Hier sind auch Land und Bund gefordert! Das fortschrittliche Projekt Rhein-Ruhr-Express ist endlich in der Umsetzung. Andere SPNV-Projekte wie die Niederrheinbahn mit zusätzlichen Anbindungen nach Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn und die Reaktivierung der Walsum-Bahn (Voerde - Walsum Oberhausen mit Verlängerung nach Duisburg oder Anbindung an die S-Bahn nach Hattingen) müssen angegangen werden. Die von uns schon lange geforderte Ratinger Weststrecke (Hauptbahnhof – Wedau – Ratingen-West – Düsseldorf) ist auf einem guten Weg, auch wenn sich die Umsetzung aus anderen Gründen noch hinziehen wird.

Duisburg muss alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit sich Menschen mit Behinderungen ohne Einschränkungen ihrer Mobilität in der Stadt bewegen können. Hierbei kommt dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine besondere Bedeutung zu. Dass es keinen Aufzug an der U-Bahn-Station „Steinsche Gasse“ gibt, ist ein Skandal. Ausfall oder ständige Reparaturen bei den Aufzügen der U-Bahn-Haltestellen Duissern, König-Heinrich-Platz oder Rathaus und der permanente Ausfall von Rolltreppen gehen zu Lasten von Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen. Ein unhaltbarer Zustand für eine halbe Millionen-Stadt wie Duisburg. Das Netz des ÖPNV muss konsequent barrierefrei werden. Um Mobilität für alle sicherzustellen, muss der ÖPNV auch für alle bezahlbar werden. DIE LINKE fordert einen Nulltarif im Nahverkehr, der solidarisch finanziert wird. Als Einstieg befürworten wir auch das 365-€-Ticket nach Wiener Vorbild.

DIE LINKE fordert:

- Eine Überarbeitung des neuen Linienkonzept für den ÖPNV und eine Erweiterung des Straßenbahnnetzes.
- Ausbau des Schnellliniennetzes.
- Erschließung aller Stadtgebiete in einem angemessenen dichten Takt, auch in den Schwachlastzeiten wie abends und am Wochenende.
- Die strikte Anwendung der Regelungen des Vergabegesetzes NRW und damit die Vergabe von Regionalstrecken nur an Verkehrsunternehmen, die Tariflöhne zahlen.
- Durchgehende Ampel-Vorrangschaltung für alle Straßenbahnen und Buslinien.
- Vorrang für ÖPNV durch eigene Bus- oder Umweltpuren und -trassen, auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (MIV).
- Dichtes Haltestellennetz, optimale Schnittstellen beim Wechsel von Linien und Verkehrsträgern.
- Schnelle Realisierung des Rhein-Ruhr-Express.
- Verwirklichung der Ratinger Weststrecke zur Anbindung des Neubaugebiets 6-Seen-Wedau an Duisburg und Düsseldorf.
- Wiederherstellung der Bahnverbindung Walsum – Marxloh – Neumühl – Oberhausen
- Schneller Ausbau der Niederrhein-Bahn nach Xanten, mit Abzweigen nach Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn.
- Einheitliche, überschaubare und attraktive Tarifstrukturen.
- Begleitung und Beaufsichtigung in Bussen und Bahnen durch Fachpersonal, keine »schwarzen Sheriffs«!
- Einnahmen durch »Knöllchen« und Parkgebühren müssen zweckgebunden zur Förderung des ÖPNV verwendet werden.
- Schaffung von Fahrgast- oder Mobilitätsbeiräten.
- 365-€-Ticket oder Nulltarif im Nahverkehr, der solidarisch finanziert wird.

Güterverkehr gehört auf die Schiene

Im Rahmen der immer stärker geforderten und jetzt auch geförderten sinnvollen Renaissance der schienengebundenen Verkehre könnte gerade Duisburg in Zusammenarbeit mit der

gesamten Region Ruhr neue Maßstäbe setzen. Mit einer intensiven Vernetzung und erweiterten Kooperation der zahlreichen Werks- und Regionalbahnen mit den Gesellschaften der DB-Holding könnte die Verkehrswende auch im Güterverkehr konkret werden. Beim Ausbau der Schieneninfrastruktur ist genauso wie beim Straßenbau auf ausreichenden Lärmschutz zu achten, besonders bei Trassen in der Nähe von Wohngebieten. Gefahrguttransporte müssen von innerstädtischen Straßen so weit wie möglich auf Schiene und Wasserstraßen verlagert werden. Unnötige Transporte gefährlicher Waren und Güter müssen vermieden werden.

Binnenschifffahrt fördern

Die Duisburger Häfen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine bedeutende Drehscheibe des europäischen Güterverkehrs. Auch in der Binnenschifffahrt müssen Abgasfilter vorgeschrieben werden. Sie sind in Rhein-, Kanal- und Hafennähe nicht unerheblich für Ruß und Feinstaubemission verantwortlich. Im Hafen sind Stromanschlüsse für die Schiffe einzurichten, damit die Schiffsmotoren nicht rund um die Uhr als Stromerzeuger laufen müssen. An geeigneten Böschungen der Hafenanlagen und angrenzender Kanäle (oberhalb der Hochwasser-Gefahrenzone) sollen Photovoltaik-Anlagen errichtet werden. In einem integrierten Verkehrskonzept muss eine enge Verzahnung zwischen dem Güterverkehr auf der Bahn und der Binnen- und Küstenschifffahrt erfolgen. DIE LINKE lehnt jede Form der Privatisierung des Duisburger Hafens ab.

DIE LINKE fordert:

- Einführung eines Ringverkehrs Rhein-Ruhr für planmäßige Güterzüge.
- Anbindung aller größerem Gewerbe- und Industriegebiete an das Schienennetz.
- Verstärkte Nutzung des Bahntransports, u. a. bei den Logport-Standorten und in der Schwerindustrie unter Berücksichtigung des Lärmschutzes.
- Verkehrskonzept für Duisburg, besonders für die Anbindung der Großindustrie und Logportstandorte an das Schienen- und übergeordnete Straßennetz bei Rücksichtnahme auf bestehende Wohngebiete.
- Zügiger Ausbau der Betuwe-Strecke von Rotterdam ins Ruhrgebiet auf deutscher Seite.
- Reaktivierung des »Eisernen Rheins« nach Antwerpen.
- Gefahrguttransporte verringern und die notwendigen Transporte, wo immer möglich, auf Schiff und Bahn verlagern.

Straßenausbau

Wir haben in Duisburg ein sehr dichtes Straßennetz. Allerdings ist das zu großen Teilen in einem schlechten Zustand. Viele Hauptverkehrs- und auch Wohnstraßen bedürfen einer dringenden Sanierung. DIE LINKE lehnt dabei die bestehenden Straßenbaubeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz NRW ab, denn sie können für manche Anlieger*innen den Ruin bedeuten. Dringend neu gebaut werden müssen noch einige Straßen, die die Hafen- und Gewerbegebiete direkt an die nächste Autobahn anschließen. Anschließend sind Schleichwege oder Maut-Vermeidungsstrecken für den Schwerlastverkehr zu sperren. Nur so können sensible Bereiche wie etwa Wohngebiete entlastet werden. Es steht aber auch der Ausbau einiger maroder Bundesfernstraßen an, ohne die der innerstädtische Verkehr komplett zusammenbrechen würde. Daher widerspricht ein solcher Ersatzneubau auch nicht unseren Zielen zur Verkehrswende, denn die ist leider so schnell nicht zu erreichen. Zum Neubau der A 40 – Rheinbrücke haben endlich die Bauarbeiten begonnen. Damit aber auch nachhaltige Verkehre davon etwas haben, unterstützt DIE LINKE die Forderung nach zeitgemäßen Rad- und Fußwegen. Hier muss auch eine gefahrlose Begegnung von mehrspurigen Fahrrädern wie Lastenräder oder (Kinder-) Anhängern möglich sein. Da die Verlängerung des Radschnellwegs über die Hochfeld-Rheinhausener Eisenbahnbrücke wohl technisch nicht zu realisieren sein wird, könnte hier eine Alternative kostengünstig mit gebaut werden – wenn es der Verkehrsminister denn zulässt. Langfristig ist auch ein 8-streifiger Ausbau der A 40 bis

1102 zum Autobahnkreuz Kaiserberg und ein kompletter Neubau dieses Verkehrsknotens geplant.
1103 Ebenso je eine weitere Fahrspur auf der A 3 zwischen Breitscheid und Oberhausen.

1104 Vordringlich ist aber ein Neubau der A 59 vom Kreuz Duisburg bis Marxloh. Dieser Ausbau
1105 eilt, weil die heutigen Brücken dem Ende ihrer Haltbarkeit entgegen gehen, aber auch weil die
1106 Straße dem Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen ist. Daher wird die neue A 59 auch
1107 etwa doppelt so breit wie heute. Schon die heutige Trasse durchschneidet die Stadtteile
1108 entlang der Trasse. Der Neubau bietet die einmalige Chance, dass die Stadtteile wieder
1109 zusammenwachsen können, wenn er denn in der möglichen Tunnelvariante erfolgt. Dafür
1110 setzen wir uns nach wie vor ein, auch wenn die Verkehrsminister hier wieder auf Kosten der
1111 Duisburger Bevölkerung sparen wollen. Warum soll in Duisburg das, was in anderen
1112 Kommunen (Hamburg, Stuttgart, Düsseldorf, aber auch Gladbeck) zur Förderung der
1113 städtebaulichen Entwicklung möglich ist, in Duisburg verwehrt werden?

1114 Ähnlich wie bei der A 40 Rheinbrücke muss aber auch hier ein Rad- und Gehweg an die neue
1115 Brücke angehängt werden. Es kann nicht sein, dass umweltfreundlichen Verkehren riesige
1116 Umwege über Ruhrort oder die Aakerfährrücke zugemutet werden, während es für Autos
1117 eine neue direkte Verbindung in den Norden der Stadt gibt.

1118

- 1119 • Ausbau der Süd-West-Querspange Walsum/Hamborn,
- 1120 • Umfahrungsstraße Meiderich (Vohwinkelstraße), Mannesmannacker
- 1121 • Berücksichtigung des Radverkehrs beim Bau neuer Autobahnen

1122

1123

1124 **Sicher durch Duisburg mit dem Fahrrad und zu Fuß**

1125 Ohne Verkehrswende ist der Klimawandel nicht zu stoppen. Und das Fahrrad ist ein wichtiger
1126 Baustein für die Verkehrswende. Hier ist in Duisburg noch besonders viel nachzuholen. Dies
1127 haben auch die letzten (vom Bundesverkehrsministerium finanzierten) ADFC-
1128 Fahrradklimatests gezeigt. Hier erreicht Duisburg seit Jahren nur ein knappes „ausreichend“,
1129 Tendenz weiter fallend. Der Zustand von Rad- und Gehwegen ist in der Regel noch schlechter
1130 als der Zustand der Straßen. Man kommt sich z.B. auf der Düsseldorfer Str. beim
1131 Polizeipräsidium als Radfahrer*in vor wie ein Cowboy beim Rodeo-Reiten. Das darf nicht so
1132 bleiben. Moderne Einrichtungen für den Radverkehr wie Radfahrstreifen, Fahrradstraßen,
1133 Velo-Routen, Grünvorlauf am Lichtsignalanlagen oder gesicherte Abstellanlagen sind heute
1134 Stand der Technik und müssen auch in Duisburg bei allen Um- und Ausbaumaßnahmen zum
1135 Standard werden. Kreuzungen, Einmündungen und andere Verkehrsknoten müssen immer so
1136 gebaut oder umgebaut werden, dass der Radverkehr sicher und im Sichtbereich des
1137 Autoverkehrs geführt wird.

1138 Wo immer möglich sind auf Hauptverkehrsstraße geschützte Radstreifen, sog. Protected Bike
1139 Lanes anzulegen. Gemeinsame Fahrspuren für Busse und Fahrräder machen nur Sinn, wenn
1140 hier nicht zu viele Busse entlangfahren. Ansonsten müssen die Umweltspuren ausreichend
1141 breit zum sichern Überholen von Radfahrer*innen sein. Die Öffnung von geeigneten
1142 Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr muss endlich auch in Duisburg konsequent
1143 und flächendeckend umgesetzt werden. Dies vermeidet Umwegfahrten und oftmals auch die
1144 Nutzung von gefährlichen Hauptverkehrsstraßen für die Radfahrer*innen. Einer der
1145 gefährlichsten, weil schmalsten Radfahrwege Duisburgs ist auf der Kardinal-Galen-Str. und
1146 endet Richtung Duissern-Kreisel unmittelbar vor der Autobahn-Ausfahrt A59. Hier ist ein
1147 Lückenschluss mit sicherer Führung durch den Autobahnanschluss bis zum Kreisverkehr
1148 unmittelbar nach Beendigung der Kanalbauarbeiten erforderlich.
1149 Der Kreisverkehr in Ruhrort ist ebenfalls ein Gefahrenpunkt für den Radverkehr.
1150 Das sind nur zwei Beispiele von vielen.

1151 Wir fordern mehr sicherere und auch sauber instandgehaltene Radwege in der Stadt. Im
1152 Frühjahr ist auch der Grünschnitt regelmäßig zu überprüfen. Wir unterstützen auch die

1153 Forderung des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Duisburg-Essen nach
1154 einer „anständigen“ Radverbindung vom Hauptbahnhof zur Universität in Duisburg.

1155 Die Verzögerungen bei Planung und Bau des Radschnellweg Ruhr (RS1) sind nicht mehr
1156 hinnehmbar. Wir setzen uns für eine vorrangige Ausbauplanung und durchgehenden Ausbau
1157 ein, damit er tatsächlich die Fahrradmobilität zwischen den Ruhrgebietsstädten verbessern
1158 kann. Obligatorisch sind auch eine gute Anbindung an die Innenstadt, Universität und z.B. das
1159 Neubaugebiet 6-Seen-Wedau. Weitere straßenunabhängige Trassen wie schon beim
1160 »Grünen Pfad« und der ehem. HOAG-Bahn sind zu planen und asphaltiert anzulegen.
1161 Genannt sei hier der »Grüne Ring« zwischen Hochfeld, dem Sportpark und der Innenstadt,
1162 der fast kreuzungsfrei das Stadtzentrum mit dem IGA-Standort Rheinpark und den
1163 Naherholungs- und Sportstätten an der Wedau miteinander verbinden kann.

1164 Bei Baustellen wird der Radverkehr oft „vergessen“. Wir fordern, dass auch Radfahrer*innen
1165 Baustellen in der Regel fahrend passieren können. Falls nötig sind auch Einschränkungen
1166 beim Autoverkehr hinzunehmen (Wegnahme einer Fahrspur, Lichtsignalanlage). Ist es nicht
1167 möglich, den Radverkehr durch den Baustellenbereich zu leiten, muss eine ausgeschilderte
1168 Umleitung auch für den Radverkehr eingerichtet werden. Das sichere Abstellen von
1169 Fahrrädern, die immer hochwertiger und teurer werden (z.B. Pedelecs), ist auch zu
1170 verbessern. Das gilt sowohl für die Innenstadt und die Stadtteilzentren wie auch an Schulen,
1171 öffentlichen Einrichtungen und im Freizeitbereich. Aber auch im Wohnungsbau und beim
1172 Einzelhandel müssen sichere und barrierefreie Abstellmöglichkeiten geschaffen werden. Die
1173 neue Landesbauordnung sieht das ausdrücklich vor. Bisher werden in Duisburg Radwege nur
1174 in Verbindung mit anderen Baumaßnahmen neu angelegt oder saniert – und das auch nicht
1175 immer. DIE LINKE fordert hier einen eigenen Haushaltstitel für den Radverkehr in Höhe von
1176 mindestens 5 Euro/Einwohner*in und Jahr. Nur damit ist es möglich, Radverkehrsanlagen
1177 auch unabhängig von der Auto-Infrastruktur zu errichten bzw. zu erhalten. Die regelmäßige
1178 Einbeziehung des ADFC bei allen anstehenden städtischen Planungen, wie seit ein paar
1179 Jahren von der Verwaltung praktiziert, wird von der LINKEN begrüßt, ist aber noch
1180 ausbaufähig.

1181 Auch der Fußverkehr ist ein wichtiger Bestandteil der umweltfreundlichen Nahmobilität und
1182 muss in Duisburg mehr Beachtung finden. Die LINKE fordert daher Fußverkehrskonzepte für
1183 die einzelnen Stadtteile (nach Beispiel des begonnenen Fußverkehrs-Check in Marxloh. Den
1184 Fußgänger*innen müssen überall ausreichend breite Fußwege, frei von abgestellten
1185 Fahrzeugen (auch Fahrrädern und E-Scootern), Werbe- und Verkaufsständen bereitstehen.
1186 Wir fordern auch sichere und direkte Fußwegverbindungen, auch über Straßen und
1187 Kreuzungen, denn gerade der Fußverkehr ist Umweg empfindlich.

1188 **DIE LINKE fordert:**

- 1189 • Ausbau und laufende Instandhaltung des Radverkehrsnetzes mit eigenen Spuren auf der
- 1190 Fahrbahn.
- 1191 • Anlage von Radfahrstreifen auf der Fahrbahn anstelle von Radwegen auf Kosten der
- 1192 Gehwegbreite
- 1193 • Schaffung sicherer Querungshilfen an stark befahrenen Straßen.
- 1194 • Verdichtung des beschilderten Velo-Routen-Netzes möglichst abseits stark befahrener
- 1195 Hauptstraßen.
- 1196 • Bike&Ride an allen wichtigen Haltestellen des ÖPNV.
- 1197 • Ausweitung der (kostenfreien) Fahrradmitnahme in allen öffentlichen Verkehrsmitteln.
- 1198 • Ausbau von kostenfreien Radstationen an Verkehrsknotenpunkten und sozial
- 1199 bedeutsamen Zielorten.
- 1200 • Ausbau eines flächendeckenden Netzes an Ausleihstationen für Fahrräder im gesamten
- 1201 Stadtgebiet.
- 1202 • Errichtung von Fahrradhäuschen nach Hamburger und Dortmunder Vorbild.

- Bordsteinabsenkungen, die sowohl Radfahrer*innen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Kinderwagen gerecht werden.
- Abbau der Benachteiligung von nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen an Ampelanlagen.
- Ausreichend breite sichere Fußwege.
- Anlage von Fußgängerüberwegen (Zebrastreifen).



Umwelt

Ökologie vor Ökonomie

Trotz fühlbarer Nähe der drohenden Klimakatastrophe können sich weder Bund noch Land noch gar die Verantwortlichen der Stadt Duisburg zu den zwingend notwendigen Maßnahmen zur CO² Reduzierung aufrufen. Die dafür erforderlichen Finanzmittel können bei Fortdauer des Tabus der „schwarzen Null“ (also versuchte Haushaltssanierung ohne Zusatzeinnahmen) nicht aufgebracht werden. Das gilt insbesondere auch für die im Duisburger „Klimaschutzkonzept 2027“ vorgeschlagenen Maßnahmen wie z. B. Ausbau der Photovoltaik, energetische Gebäudesanierung und Ausbau des ÖPNV, sowie des Schienenverkehrs. (Mehr zur Mobilität findest du auf Seite 22)

Wir werden uns für die Einstellung entsprechender Mittel im städtischen Haushalt einsetzen und die Umsetzung dieser Maßnahmen immer wieder einfordern, denn saubere Luft, sauberes Wasser, eine möglichst geringe Lärmbelastung, urbane Grünflächen und gesunde Lebensmittel sind Voraussetzungen für ein gutes Leben. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein. Arbeit und Wohnen müssen eng gekoppelt werden, d.h. Bürger*innen müssen ihren täglichen Bedarf im Stadtteil decken können, denn kurze Wege innerhalb Duisburgs entlasten Mensch und Umwelt. Für DIE LINKE steht im Entscheidungsfall Ökologie vor Ökonomie. Dabei geht es darum, schädliche Auswirkungen zu verhindern und gleichzeitig Fehler der Vergangenheit zu berichtigen.

Mehr Grün in Duisburg!

Täglich werden in Deutschland 4 Hektar Fläche versiegelt, das entspricht der Größe von 60 Fußballfeldern. Auch in Duisburg ist man einem Versiegelungswahn zum Opfer gefallen. Wir stellen uns entschieden dagegen, wo es nicht zwingend erforderlich ist, neue Flächen zu versiegeln. Des Weiteren müssen Maßnahmen zur Entsiegelung von geeigneten Flächen

beschlossen und umgesetzt werden, so kann man Grüne Oasen in der Stadt entstehen lassen und Duisburg lebenswerter gestalten. Dabei muss aber auf die Schaffung von stabilen Ökosystemen durch Vielfalt, also Biotope mit verschiedenen Arten, geachtet werden, denn diese sind wesentlich widerstandsfähiger als Monokulturen. Das gilt insbesondere für Wiesen, Wälder aber auch für einfache Straßenbäume.

Die kleinräumige, gärtnerische Nutzung von Städtischen Flächen, so genanntes „Urban Gardening“ hat an vielen Orten der Welt gezeigt, dass gerade in multikulturellen Städten dies Begegnung und den Zusammenhalt im Quartier fördert, deswegen sollte die Stadt zum Beispiel Bauminselfür die privaten Bepflanzung freigeben. Damit Bauminselfür in Duisburg bepflanzt werden können, müssen in Duisburg Bäume übrigbleiben, die nicht Säger Sören Link (hiesiger Oberbürgermeister der SPD) zum Opfer gefallen sind. Deswegen streiten wir seit geraumer Zeit für die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung und das Pflanzen weiterer Bäume. Die nicht nur zur Folge hätten, dass die Stadt an sich lebenswerter wird, sondern auch einen ganz praktischen Nutzen haben, denn sie kühlen die Umgebung ab, während eine kahle, triste Betonumgebung sich enorm aufheizt – wie zum Beispiel auf der Wanheimerstraße in Hochfeld im Sommer zu beobachten bzw. zu spüren ist. Zudem soll ein Alleenkonzept an das Straßenbaumkonzept gekoppelt sein und zu einer Verbreitung von Alleen und deren Stabilität sowie Nachhaltigkeit sorgen.

Eine schrittweise Verjüngung der Alleen sollte durch den Ersatz einzelner Bäume. Auch eine Ausweitung des Alleenbestandes von 5 % jährlich ist notwendig, um Duisburg langfristig zu begrünen. Die Duisburger Alleen sollen durch die Verjüngung und Neupflanzung eine Durchmischung von verschiedenen Baumarten erhalten, welche vermehrt durch heimische Baumarten geprägt sein sollen. Gleichzeitig muss die ausgedehnte Bewirtschaftung von Grünflächen gewährleistet werden. Durch einfache Maßnahmen, wie ein späteres Mähen, kann die Artenvielfalt und das Nahrungsangebot im Frühjahr deutlich erhöht werden. Hierdurch wird die Stadt insektenfreundlicher. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang auch die Einrichtung einer Hummel- und einer Insekten-Autobahn. Also damit die Sicherstellung von Nahrungsangeboten für Insekten und Bientiere in regelmäßigen Abständen, um einem Aussterben der Bienen und anderer Insekten entgegenzuwirken. Hierfür ist bienenfreundliches Straßenbegleitgrün sinnvoll. Die Grünstreifen an und zwischen Straßen müssen mit bienenfreundlichen Pflanzen verschönert werden. Die Umwidmung von städtischen Grünflächen in Wildblumenwiesen soll schnellstmöglich erfolgen, wobei auf Pflanzenschutzmittel in der Grünpflege verzichtet werden muss.

Außerdem müssen die Landwirte auf dem Weg in die ökologische Landwirtschaft begleitet und gefördert werden.

DIE LINKE fordert:

- Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung
- Umsetzung des Straßenbaumkonzeptes und dessen Ersetzung durch eine wesentlich ehrgeizigere Planung für mehr Straßenbäume
- Vergrößerung der Baumscheiben auf ein Mindestmaß, so dass genügend Sickerwasser an die Wurzeln gelangt
- Natur vor Profite
- Duisburger Wälder sollen ihren Erholungs- und ökologischen Wert behalten
- es müssen Starkregenereignisse abfangen und Wasser gespeichert werden können, ferner Hitzeinseln bekämpft und gleichzeitig Luftbelastungen gemildert werden

Nein zum Flächenfraß!

Entgegen allen Lippenbekenntnissen zu „Mehr Grün“ sollen im Entwurf des Landesentwicklungsplanes und des Flächennutzungsplanes Duisburg 2027 54 Hektar Landschaftsschutzgebiet neu geplanten Gewerbe- und Wohngebieten geopfert werden. Die Gründe? Betriebe wollen Flächen in Reserve halten, oder niemand will für die Altlastensanierung aufkommen. Wir stellen uns diesen Plänen konsequent entgegen und fordern stattdessen die Ansiedlung von Gewerbe auf sanierten Altlastenflächen. Bei dieser Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe müssen jedoch scharfe

Umweltschutzbestimmungen eingehalten werden! Wir treten für eine zügige Altlastensanierung ein, denn durch die schwerindustrielle Prägung der Stadt und auch, weil Duisburg ein Verkehrsknotenpunkt ist, ist unsere Stadt mit Altlasten- und Altlastenverdachtsflächen übersät. Diese stellen eine tickende Zeitbombe für das Grundwasser und in weiterem Sinne sogar für die Trinkwasserversorgung dar und behindern Neubauten oder die Wiederverwendung. Für DIE LINKE ist klar: Flächenrecycling auf bestehenden Industriebrachen hat den Vorrang. Was ebenfalls für den rigorosen Flächenfraß in Duisburg verantwortlich ist, ist der Kiesabbau. Statt die Natur unserer Stadt noch weiter durch Kiesabbau zu zerstören, sollte vermehrt auf recycelte Baustoffe zu rückgegriffen werden. Daher sind wir strikt gegen den Kiesabbau am Mündelheimer Rheinbogen. Keine weiteren Halden auf unserem Stadtgebiet, sondern die Förderung von Recyclingindustrie und den Erhalt von Flächen!

DIE LINKE fordert:

- Flächenrecycling auf bestehenden Industriebrachen hat den Vorrang.
- Altlastenflächen sanieren
- Scharfe Umweltschutzbedingungen einhalten
- Grüne Oasen im ganzen Stadtgebiet
- Biotope statt Monokulturen!
- **Klimafreundliche Stromversorgung**

Saubere Energie in der Stadt!

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss auch für die Stadt Duisburg Priorität haben. Der Einsatz von fossilen Rohstoffen muss aus Klimaschutzgründen schnell reduziert werden. Wir setzen uns für den Ausbau der regenerativen Energien auf dem Stadtgebiet ein und dafür, dass besonders klimaschädliche Kohlekraftwerke wie das Braunkohlekraftwerk der Firma Venator in Homberg und das Kohlekraftwerk in Walsum schnellstmöglich abgeschaltet und Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung als Reservekraftwerke benutzt werden können. Unser Motto lautet: Greeninvest or deinvest (in umweltfreundliche Alternativen investieren und/oder nicht mehr in klimaschädliche Verstromung deinvestieren, denn entweder die Unternehmen an denen Duisburg beteiligt ist, schwenken radikal um auf grüne Energie oder die Stadt Duisburg muss ihr Geld aus diesen Unternehmen abziehen und so die Kohleverstromung schwächen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt und die Stadtwerke inklusive ihrer gesamten Tochterfirmen auf den Dächern aller Gebäude der Stadt oder ihrer Konzerntöchter massiv Solaranlagen errichtet, um den dort so gewonnenen Strom kosteneffizient vor Ort selbst nutzen zu können. Auf den vielen Industrie-Brachflächen, die Duisburg hat (sofern sie nicht zur Entsieglung geeignet oder nicht für neue Recyclingindustrie brauchbar sind) wie Uferböschungen müssen Windenergieanlagen und Freilandsolaranlagen gebaut werden, sodass die Stadt Duisburg ihren Beitrag zur Energiewende leisten kann. Bisher ist auf Duisburger Stadtgebiet noch keine einzige Windkraftanlage gebaut worden. Dies muss sich ändern. Als Energiespeichertechnik für den Ausgleich an energiearmen Tagen der volatilen Energie wird zunehmend die Power-to-Gas Technik diskutiert, bei der an Tagen mit viel regenerativer Energie Wasserstoff oder Methan hergestellt wird, um dann an energiearmen Tagen dies in Gaskraftwerken zu nutzen. Unsere seit Jahren immer wieder erhobene Forderung nach Schließung der Firma GNS, die inmitten eines Wohnbezirks in Wanheimerort schwach radioaktiven Abfall konditionierte, ist mit der Außerbetriebnahme inzwischen erfüllt. Wir werden den umweltverträglichen Rückbau kritisch begleiten.

DIE LINKE fordert:

- Braunkohlekraftwerke in Duisburg abschalten
- Solaranlagen auf allen städtischen Gebäuden und Windenergie auf nicht nutzbaren Brachflächen und an Uferböschungen
- Umweltverträglicher Rückbau der Anlage zu Aufbereitung von Atommüll in Wanheimerort

Tierschutz

Der Tierschutz in Duisburg muss gefördert werden.

Die Situation der Delfine im Duisburger Zoo ist entgegen der Behauptung der Verantwortlichen katastrophal. Delfine sind Wildtiere und sollten nicht in Becken gehalten und zu Belustigung der Bürger*innen in Delfinshows missbraucht werden. Deshalb fordert DIE LINKE die Aufgabe der Delfinhaltung im Duisburger Zoo und wissenschaftlich begleitete Auswilderung der Tiere und keine Verpachtung von städtischen Flächen für Zirkusaufführungen mit wildlebenden Tieren (soweit dies die gesetzlichen Richtlinien zulassen). Ein*e unabhängige*r kommunale*r Tierschutzbeauftragte*r sollte bestellt werden, um die Verantwortlichen der Stadt Duisburg zu beraten.

Ein Stadttauben-Konzept soll erstellt werden um der Überhand von Tauben und den damit einhergehenden Problemen wie Schäden an Gebäuden, Taubenkot und dem damit gesundheitlichen Risiko – insbesondere für Kinder – gerecht zu werden. Um Tierschutz zu garantieren, müssen Reptilien-Börsen verboten werden, um den Massenhandel mit Reptilien, der meist mit Leiden dieser Tiere einhergeht, zu unterbinden. Für den Tier- und Umweltschutz wäre es sinnvoll, private Silvesterböllerei zu verbieten und statt dessen wenige dezentrale, städtische Feuerwerke zu gestatten.

DIE LINKE fordert:

- Schließung des Delfinariums und Auswilderung der Tiere
- Keine Zirkusaufführungen mit wildlebenden Tieren
- Unabhängige*r kommunale*r Tierschutzbeauftragte*r
- Ein Stadttaubenkonzept
- Verbot von privater Silvesterböllerei

Gesundheit und Umwelt

Es ist nicht leicht, in Duisburg gesund alt zu werden. Das weiß jedermann schon lange, aber spätestens seit der sogenannten, „hotspot Studie“ weiß es auch die Wissenschaft: In besonders belasteten Duisburger Stadtteilen wurde eine deutlich erhöhte Allergiebereitschaft festgestellt, auch Bronchitiden und Nebenhöhlenentzündungen traten gehäuft auf. Schlimmer noch: bestimmte Krebsarten sind in Duisburg überdurchschnittlich häufig aufgetreten. Wenig verwunderlich: auch wenn die Gesamtzahl der Schadstoffe gesunken ist, immer noch liegt die Belastung mit krebserregenden Schwermetallen (z.B. in der Umgebung des Duisburger Hafens) oberhalb der Grenzwerte. Der schon jetzt spürbare Klimawandel verschärft die Situation (z.B. vermehrte Hitzetote)

DIE LINKE fordert:

- Minderung der schon bestehenden Umweltbelastung
- Neuansiedlung von Industrie nur unter umweltverträgliche Bedingungen
- Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und Klimaanpassungskonzeptes



Gesundheit

Grundversorgung für alle

Die Malteser haben im Jahr 2017 auf der Münzstraße in Duisburg eine medizinische Ambulanz eingeführt, in der Menschen gesundheitlich versorgt werden, die ohne Krankenversicherungsschutz in Duisburg leben. Diese ambulante Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung weist jedoch noch Lücken auf und ist an den geöffneten Tagen maßlos überfüllt. Die Zahl der Menschen, die in Duisburg ohne Aufenthaltspapiere oder Krankenversicherung in Duisburg leben, wird auf mehrere Tausend geschätzt. Sie sind auf die Humanitäre Ambulanz angewiesen, da sie sonst keinerlei Gesundheitsversorgung haben. Unter den Patient*innen sind viele Schwangere, Menschen mit Akuterkrankungen, aber auch solche, die verschreibungspflichtige Medikamente benötigen. Erstrebenswert wäre dabei die dauerhafte Absicherung des ambulanten Angebots als Anlaufstelle für medizinische Eilfälle und die Einführung eines „anonymen Krankenscheins“, um den Zugang der Patient*innen zum Regelsystem zu verbessern.

Seit Jahren wächst die Anzahl von Menschen (mit und ohne Migrationsgeschichte) die keine Krankenversicherung haben in Duisburg rapide an. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Hierzu zählen ebenso Selbstständige, die z.B. nach einem Konkurs aus der privaten Krankenversicherung ausscheiden mussten, aber auch zugezogene Menschen aus zum Beispiel Osteuropa.

Dass der öffentliche Gesundheitsdienst nach jahrelangen Duisburger Kürzungsmaßnahmen hoffnungslos unterbesetzt ist wurde schon in „normalen“ Zeiten deutlich, als dringende Aufgaben wie Masernimpfungen und Einschuluntersuchungen mit dem vorhandenen Personal kaum zu schaffen waren. Geschweige denn die nach Ansichten von Fachleuten an sich dringend gebotenen Untersuchungen im Kindergartenalter, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Wie soll ein derart geschwächter öffentlicher Gesundheitsdienst in Zeiten der Corona-Krise seine Aufgaben bewältigen können? Um die Ausbreitung des Virus zu verhindern (und nicht nur an die Kapazität der Intensivmedizin anzupassen) wäre eine lückenlose und zeitnahe Erfassung der Infektionsketten und massenhafte Testung erforderlich. Dabei versagt (nicht nur in Duisburg) der öffentliche Gesundheitsdienst.

DIE LINKE fordert:

- den kostenlosen Zugang zur medizinischen Grundversorgung für alle Menschen, die auch durch die gesetzliche Krankenversicherung abgedeckt ist.
- den massiven Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes, damit dieser seinen Aufgaben im Alltag und in Notsituationen gewachsen ist.

Krankenhäuser zurück in die öffentliche Hand

Gesundheit darf keine Ware sein, ist sie aber weitgehend in Duisburg (wie überall). Nachdem die ehemals Städtischen Kliniken ebenso wie die ehemaligen katholischen Krankenhäuser in Duisburg vollständig in privater Hand sind, dominiert das Profitinteresse. Deswegen fordern wir, dass die Krankenhäuser in Duisburg wieder vollständig in öffentliche Hand müssen! Begünstigt wird die Rationalisierung auf dem Rücken der Angestellten durch das staatlich verordnete System der Diagnose bezogenen Pauschalen: Ab einer gewissen Aufenthaltsdauer wird aus dem Profitobjekt Patient der Kostenfaktor Patient. „Blutige Entlassung“ kann die Folge sein.

DIE LINKE fordert:

- den Abwehrkampf der Schwestern, Pfleger und auch Ärzte gegen immer stärker werdende Arbeitsbelastung bei gleichzeitig sinkender Qualität der Patientenversorgung.
- den Kampf gegen Ausgliederung ganzer Dienstleistungsabteilungen zur Kostenminimierung ohne Rücksicht auf Qualitätsminderung.
- Rekommunalisierung von Krankenhäusern
- Abschaffung der Fallpauschalen

Mangelnde Versorgung

Es gibt genug Geld in Deutschland, es ist nur falsch verteilt.

Es gibt genug Ärzt*innen in Duisburg, sie sind nur falsch verteilt.

Die menschenunwürdige Zweiteilung der deutschen Krankenversicherung in eine besser bezahlte und unbegrenzt verfügbare private und eine knapp honorierte und zudem budgetierte gesetzliche Versicherung hat zur Folge, dass ganze Stadtteile von fachärztlicher Versorgung abgehängt sind (z.B. gibt es keinen Kinderarzt in Bruckhausen, wo der Bedarf am größten wäre), hat für gesetzlich Versicherte unerträglich lange Wartezeiten auf einen fachärztlichen Termin zur Folge (weil z.B. das Budget für das Quartal bereits ausgeschöpft ist). Da hilft auch ein Callcenter wenig, dass evtl. einen völlig unbekannten Arzt im Nirgendwo vermitteln soll.

Auch wenn diesem Mangel auf kommunaler Ebene nicht abzuhelpen ist werden wir die Folgen dieser Fehlentwicklung immer wieder anprangern, um langfristig Lösungen zu finden.

Gesundheit und Arbeitslosigkeit/Arbeitsüberlassung

Immer mehr arbeitende Menschen sind aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen gestresst oder erkrankt, was mittlerweile durch Studien belegt ist, z. B. im Jahr 2016 durch die Hans-Böckler-Stiftung. Zeitdruck und Arbeitsintensität sind zumeist Ursachen psychischer Erkrankungen bei Arbeitnehmer*innen. Permanente Überstunden und vor allem Schichtarbeit erhöhen laut Report das Risiko für einen Herzinfarkt oder einen Schlaganfall. Auch das Fehlen von Handlungsspielraum bei der Arbeit wird von der IGA als Gesundheitsrisiko bewertet. Arbeitsplatzunsicherheit, fehlende Anerkennung im Job, Doppelbelastung durch private Verpflichtungen, z. B. bei Alleinerziehenden, Eltern eines behinderten Kindes oder Pflegende eines kranken oder älteren Angehörigen, mangelnde Unterstützung im Job, lange Wege durch Pendeln, befristete Arbeitsverträge können laut Untersuchungen zu einem erhöhten Risiko von psychischen Beeinträchtigungen wie Angst, Depressionen und Stress sowie zu körperlichen Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems und Bluthochdruck führen. Eine besondere Rolle spielt Mobbing am Arbeitsplatz. In Zeiten von Konkurrenz im Berufsleben kommt es immer häufiger vor und ist gekennzeichnet durch zum Beispiel wiederholte Anfeindungen, Erniedrigungen oder Ausgrenzung zulasten der Mitarbeiter*innen. Bei den Opfern kann Mobbing seelische Beeinträchtigungen aber auch psychosomatische Beschwerden hervorrufen. Mobbing an sich ist nicht strafbar. Jedoch können einzelne Handlungen

Straftatbestände erfüllen, wie z. B. Beleidigung, Nötigung, sexuelle Belästigung oder Verleumdung. Langfristig können berufsbedingte Erkrankungen zu Arbeitslosigkeit führen und somit schließt sich der Kreis, weil auch Arbeitslosigkeit wiederum krank macht.

DIE LINKE fordert:

- Zumindest eine Anlaufstelle für Opfer von Mobbing einzurichten und jedem Betroffenen kostenlosen Zugang zu gewähren. Das Angebot muss sowohl psychotherapeutische Maßnahmen aber auch rechtliche Beratung umfassen und mit entsprechend qualifiziertem Personal ausgestattet sein.
- Maßnahmen zur Aufklärung für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und für Arbeitslose vorzuhalten. Ein Ansatz war mit dem Modellprojekt von 2012 – 2014 gegeben, in dem Jobcenter, Arbeitsagentur, Gesundheitsamt, Krankenkassen und Maßnahmeträger*innen eine Kooperation bildeten mit dem Ziel der Verhinderung/Abmilderung von gesundheitlichen Risiken für arbeitslose Menschen.

Pflegedienste in öffentliche Hand

Fast alle von uns sind irgendwann im Leben darauf angewiesen, gepflegt zu werden: sei es durch Krankheiten, körperliche Einschränkungen oder aufgrund des Alters. Dann brauchen wir Menschen, die uns bei alltäglichen Dingen wie essen, trinken, anziehen, waschen unterstützen, Medikamente verabreichen und Zuwendung schenken. In dieser Situation möchten wir würdevoll behandelt werden und selbst entscheiden, wer uns wie und wo pflegt – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder Geldbeutel. Die Realität sieht leider anders aus. In einem reichen Land wie Deutschland sind Pflegeeinrichtungen unterbesetzt, die Standards sind schlecht - z. B. tragen Menschen im Pflegeheim Windeln, weil die Zeit für den unterstützten Toilettengang fehlt. Gute Pflege im Alter können sich nur reiche Menschen leisten, Pflege und Krankheit im Alter sind ein Armutsrisiko. Viele Überlastungsanzeigen von Pfleger*innen belegen die miserable Situation in der Pflege. Pflege ist auch oft Privatsache. Überforderte Angehörige - zumeist Frauen, denn "Pflege ist weiblich" - versuchen ihren Lieben unter Einbußen der eigenen Berufstätigkeit zu pflegen und kommen dabei an körperliche, seelische und finanzielle Grenzen. Ihre Arbeit gilt immer noch vielen als Selbstverständlichkeit. Ein Liebesdienst, der Pflegekassen, Arbeitgeber*innen und dem Staat Milliarden spart – und die Pflegenden nicht selten selbst in Armut und Krankheit führt. Pflege an sich kann nur durch Bundesgesetzte verbessert werden. Der Kostendruck in der Pflege ist eine direkte Folge der Spar- und Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte. Es ist ein regelrechter «Pflegemarkt» entstanden, auf dem die Anbieter*innen um knappe Pflegesätze konkurrieren und am Personal sparen. Darunter leiden die Menschen mit Pflegebedarf ebenso wie die Beschäftigten, nicht nur in der Alten-, sondern auch in der Krankenpflege, im stationären wie im ambulanten Bereich. Dennoch kann auch hier eine Kommune wie Duisburg Maßnahmen ergreifen, um Pflege unter bedürfnisorientierten Bedingungen zu verbessern. Für eine rundum gute Versorgung müssen verschiedene Disziplinen und Akteure fallbezogen zusammenarbeiten. Ein vielversprechender Ansatz sind sozialmedizinische Gesundheitszentren, die es vereinzelt bereits gibt. In ihrer Arbeit sollen sie die gesamten sozialen Bedingungen in einer Kommune oder Nachbarschaft mit in den Blick nehmen, dazu zählen auch krankmachende Bedingungen wie Armut, prekäre Jobs oder Umweltbelastungen. Unter dem Dach eines Gesundheitszentrums können Sozialarbeiter*innen, Ärzt*innen und Pflegekräfte sowie Mieter*innen- und Rechtsberatungen im Sinne pflegebedürftiger zusammenarbeiten. Hauptziel muss aber der Aufbau einer guten Pflegeinfrastruktur sein, in der Pflegebedürftige solange wie möglich selbstbestimmt Zuhause oder in einem alternativen Wohnprojekt leben können. Ist das Pflegerisiko abgesichert, entlastet das zwischenmenschliche Beziehungen von Familien. Generationenübergreifende Wohngemeinschaften und -projekte können ebenfalls dazu beitragen, Sorgeverantwortung anders zu organisieren. Als Teil einer öffentlichen Infrastruktur könnten sie mehr sozialen Gruppen als bisher zugänglich gemacht werden.

DIE LINKE fordert:

- Eine Rekommunalisierung privater Kliniken und Pflegedienste, also ihre Rückführung in öffentliches Eigentum.
- Es müssen mehr Kontrollen durchgeführt werden, um Missstände in der Pflege zu bekämpfen.
- Eine lokale Pflegeinfrastruktur mit Gesundheitszentren und Beratungsstützpunkten.

Migration

Für eine gleichberechtigte Teilhabe in unserer Stadtgesellschaft

Duisburg war und ist schon immer eine Stadt mit viel Einwanderungs- und Bevölkerungsbewegungen. In Duisburg leben Menschen, die unterschiedliche Sprachen sprechen und in unterschiedlichen Familien und Lebensmodellen leben. Die Bevölkerung in Duisburg setzt sich mittlerweile so zusammen, dass sich Migrationshintergrund und Zuwanderungsgeschichte in der 3. und 4. Generation entheben (Landes- und Bundesdefinition des Begriffs Migrationshintergrund enthebt sich, wenn beide Elternteile in Deutschland geboren sind). Es ist eine Herausforderung gemeinsam in Regelsystem, wie Arbeit, Schule, Kindergärten, Gesundheitssysteme etc. mit Unterschiedlichkeiten gemeinsam zu existieren. Barrieren der Stadtgesellschaft zur Akzeptanz von Diversität verhindern teilweise die Identifikation und Identitätsfindung weiterer Generationen in unserer Stadt. Racial-Profiling in der Zuordnung von Bürger*innen in eine Bevölkerungsgruppe unterbinden das Gefühl von Zugehörigkeit. Wobei wir in Duisburg eine hohe Expertise von migrantisches Wissen und weitzurückreichende Migrationsgeschichte haben, müssen wir intensiv an dem Perspektivwechsel auf „Migrant*innen“-Communities hinarbeiten, um sie als selbstverständlichen und gleichberechtigten Teil der Duisburger Stadtgesellschaft zu wissen. Teilweise sind „Migrant*innen“ in Migrant*innen-Communities organisiert. Sie finden ein Sprachrohr in Migrant*innenselbstorganisationen und Gemeinden in Duisburg. Dennoch bleibt die gleichberechtigte Teilhabe dieser Betroffenenvertreter*innen in Netzwerken der Migrations- und Integrationsarbeit aus. Es bedarf einer weiteren Stärkung und Qualifizierung zur Teilhabe der Migrant*innenvertreter*innen. Migrations und Integrationsarbeit lässt sich nur mit einer gewollten Antidiskriminierungs- und Antirassismuserbeit umsetzen. Das Thema Rassismus und Diskriminierung ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und teilweise macht sich eine Politik breit, die eine gleichberechtigte Teilhabe bzw. Menschen mit zugesprochener fremden Herkunft eine Existenz in unserer Stadtgesellschaft verweigern wollen. Dieses werden wir als LINKE nicht zulassen. Wir werden uns dafür einsetzen die Integrationsbemühungen der Stadt in allen Lebensbereichen, wie Wohnung Bildung, Arbeit, öffentlicher Raum etc. weiter stärker voranzubringen, aber gleichzeitig werden wir eine intensive Antidiskriminierungsarbeit einfordern.

Um die gleichberechtigte Teilhabe in den Strukturen zu bewirken, werden wir uns dazu einsetzen den Anteil der Auszubildenden und Beschäftigten mit Zuwanderungsgeschichte in Verwaltung und einigen Beteiligungsunternehmen zu steigern.

Gleichsam bedarf es einer/eines Antidiskriminierungsbeauftragte/n oder Beschwerdestelle für von Rassismus betroffenen Bürger*innen in der Stadt, welche parallel zu den bereits vorhandenen Integrationsmaßnahmen in den Strukturen für die Einzelbelange und Nöten der Bürger*innen unserer Stadtgesellschaft mitarbeiten kann. Menschen mit Diskriminierungserfahrungen in unserer Stadt distanzieren sich von der Stadtgesellschaft und ziehen sich in ihre Communities zurück. Wir möchten diese Menschen wieder dazugewinnen. Unser Integrationsgedanke entspringt einem Empowerment-Gedanken. In dem wir Menschen stärken bzw. befähigen wollen, sich selbstständig für ihre Belange einzusetzen. Somit müssen Länderfördermittel etc. unter anderem für Integrationsbemühungen und Migrationsarbeit etc.

transparenter an Migrantenselbstorganisationen getragen werden, so dass sie in ihrer Qualifizierung durch Förderungen beraten und unterstützt werden können. Wir benötigen ein starkes Netzwerk der Betroffenenvertreter*innen wie MSO, um eine eigene Ansprache der Betroffenen zu garantieren.

Die lokale Härtefallkommission für Asylsuchende wurde gestärkt. Vereine, Verbände und Initiativen wurden bei ihren interkulturellen Aktivitäten unterstützt. Gemeinsam wurde beschlossen, alle zwei Jahre einen Fakir-Baykurt-Kulturpreis an Kulturschaffende zu vergeben, die sich in ihren Arbeiten mit der Lebensgeschichte der Menschen in einer multiethnischen Gesellschaft auseinandersetzen. Integrationsaufgaben sind Pflichtaufgaben in einer Kommune. Diese muss daher ihre Einfluss- und Druckmöglichkeiten konsequent wahrnehmen und gleichzeitig alle Möglichkeiten nutzen, um die Integrationsarbeit vor Ort zu entwickeln.

DIE LINKE fordert:

- Förderung der interkulturellen Kompetenz des Lehr- und Ausbildungspersonals.
- Systematische Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund in Verwaltung und stadtnahen Unternehmen.
- Die Einrichtung einer Stelle für eine*n Antidiskriminierungsbeauftragte*n
- Ausbau der Mehrsprachigkeit in Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Ein Wahlrecht für alle Zuwanderer*innen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben – insbesondere für Kommunalwahlen
- Die Gleichstellung des Integrationsbeirats mit anderen Ratsausschüssen.
- Ständige Integrationskonferenzen, um Migrant*innen-Selbstorganisationen zu fördern und zu stabilisieren, damit diese in die Entscheidung der Politik der Kommune eingebunden werden.
- Ausbau der sozialen und medizinischen Beratungs- und Förderangebote durch Sozialverbände, Krankenkassen und Stadt.
- Weiterverfolgung der Zielvereinbarung zwischen Integrationsrat und Rat der Stadt Duisburg.

Asylsuchende, Geduldete und Menschen ohne Papiere sind in besonderer Weise von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen.

DIE LINKE fordert:

- Sicherstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse anstelle von Sammelunterkünften.
- Mehr Ausbildungsangebote für Geflüchtete
- Teilnahmeberechtigung an Integrations- und Sprachkursen sowie am Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche.
- Erstellung eines Konzepts zur Legalisierung (Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung) für Menschen ohne Papiere.
- Hilfestellung bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit.



1650

1651

1652

Gleichstellung von Frauen

1653

1654

"Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." (Art. 3 (2) Grundgesetz)

1655

1656

1657

1658

1659

1660

1661

1662

1663

1664

1665

1666

1667

1668

1669

1670

1671

1672

1673

1674

1675

1676

1677

1678

So steht es in unserem Grundgesetz und in vielen Parteiprogrammen, doch die Realität sieht anders aus - Deutschlandweit und insbesondere auch in Duisburg. Immer mehr Frauen wehren sich zunehmend gegen schlechte Arbeitsbedingungen, ungleiche Bezahlung, Gewalt, Unterdrückung und Rassismus. Sie kämpfen für ein selbstbestimmtes gewaltfreies Leben in Frieden, einen schonenden Umgang mit der Natur und um gleiche Rechte für alle Menschen. Wie notwendig dieser Kampf um eine Veränderung der Gesellschaft ist, belegen die Fakten in vielen Bereichen: Altersarmut ist überwiegend weiblich, denn mit einem Lohnunterschied von 21%* zwischen Männern und Frauen liegt Deutschland an drittletzter Stelle im EU-Vergleich. NRW ist das Bundesland mit dem größten Rentenunterschied zwischen Renten von Frauen und Männern. Der größte Anteil der Minijobs wird von Frauen verrichtet. Das ist nicht zuletzt deshalb so, weil die gesellschaftlichen Rahmen-Bedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben sind und die Kinderbetreuung und die Krankenpflege von Familienangehörigen immer noch überwiegend Frauensache ist. Nur 25% der Väter in NRW haben Elterngeld bezogen, damit liegt NRW auf dem vorletzten Platz im Ländervergleich bei der vollen Beteiligung an der Erziehungsarbeit. 2017 wurden deutschlandweit 113.965 Frauen Opfer von Partnerschaftsgewalt und 147 Frauen verloren ihr Leben. Die Zahl der Partnerschaftsgewalt gegenüber Frauen in NRW stieg 2017 auf 31.695 Fälle an. Nach wie vor kämpfen die kommunalen Frauenhäuser um eine ausreichende Finanzierung, obwohl die Zahl der Gewaltopfer erschreckend hoch ist. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss zu den Pflichtaufgaben der Kommunen gehören, damit verzweifelte Gewaltopfer eine sichere Zuflucht finden.

1679

1680

1681

1682

1683

Die aufgezeigten Missstände machen deutlich, dass es nicht damit getan ist, lediglich die paritätische Beteiligung in Parlamenten und Gremien zu fordern und bestenfalls umzusetzen. Die Gleichstellung in der Gesellschaft muss unabhängig von dem Geschlecht, der Herkunft oder der Religion erfolgen. Damit sind zahlreiche bundes- landes- und kommunalpolitische Aufgaben auf unterschiedlichen Ebenen verbunden.

1684

1685

1686

1687

1688

1689

Die Altersarmut nimmt auch in NRW in einem erschreckenden Ausmaß zu. Jede zweite Rente in Deutschland liegt unter 900 € vor Steuer und Sozialabgaben, wie eine kleine Anfrage der

*21%, wenn die Statistik nicht bereinigt wird. Wird dies getan beträgt der Lohnunterschied immer noch satte 8%.

Linken ergab. Nach wie vor fehlt bei der Mütterrente noch ein halber Rentenpunkt pro Kind für Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden. Der durchschnittliche Zahlbetrag der Altersrenten nach mindestens 35 Versicherungsjahren beträgt in NRW 1.467 € für Männer und 1.009 € für Frauen abzüglich ca. 12% für die Kranken- und Pflegeversicherung. Damit hat NRW die größte Differenz aller Bundesländer bei den Bruttorenten zwischen Männern und Frauen. Entscheidend für die Höhe eigenen Rentenanwartschaften ist u.a. die gelungene Integration in den Arbeitsmarkt.

Erwerbsbeteiligung von Frauen fördern

Ende März 2019 waren in Duisburg 175.307 Personen, 59% Männer, jedoch nur 41% Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 74,7% in Vollzeit und 25,3% in Teilzeit. Nach wie vor ist der größte Anteil der Teilzeitbeschäftigten weiblich. Besonders hoch ist die Zahl derjenigen Personen, die in einem Minijob arbeiten, 32.418 Personen arbeiten im gewerblichen Bereich, 18.953 davon sind Frauen. In haushaltsnahen Dienstleistungen arbeiten 1.221 Menschen, davon sind 1.123 Frauen. (Stand 30.06.2019) Das bedeutet für die Betroffenen, die ausschließlich einen Minijob haben, Armut in der Gegenwart und im Alter.

In Duisburg werden ca. 40% der notwendigen Kinderbetreuung über Kindertages-pflege abgewickelt. Hier wird eine kommunale Aufgabe unter relativ prekären Bedingungen überwiegend von Frauen übernommen. Das führt zu einer weiteren Zunahme der Prekarisierung der frauentypischen Tätigkeiten und in die Altersarmut.

Die Stadt und deren Beteiligungsgesellschaften können darauf hinwirken, reguläre offene Stellen schneller zu besetzen, mehr Kitas mit regulärer Beschäftigung zu bauen und über das Vergaberecht solchen Betrieben den Vorzug geben, die Tariflöhne zahlen, auf reguläre Beschäftigung setzen und Frauen gezielt fördern.

Parität jetzt!

Duisburg ist eine Stadt mit rund 500.000 Bürgerinnen und Bürgern. Dem männlichen Oberbürgermeister sind 3, ebenfalls männliche, Bürgermeister beigeordnet. Der Frauenanteil im Rat der Stadt liegt bei 36,9 %. Es gibt 7 Bezirke mit jeweils 17 Bezirksvertretern und einem Bürgermeister. Von den 119 BV-Mitgliedern sind 41 weiblich. Allein beim Amt der Bezirksbürgermeister ist es den Parteien gelungen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern mit 4 weiblichen Bürgermeisterinnen, umzusetzen. Insgesamt sind die Parlamente und Gremien nach wie vor von einer paritätischen Besetzung weit entfernt.

DIE LINKE fordert:

- die Initiierung und Finanzierung von Projekten, die den notwendigen Wandel der Gesellschaft unterstützen, damit demnächst die Sorge- und Pflegearbeit gerecht verteilt wird und überholte Rollenvorstellungen verändert werden.
- die Stadt Duisburg und deren Beteiligungsgesellschaften sollen in ihre Firmen-Philosophie die paritätische Beteiligung von Frauen integrieren und auf allen Ebenen umsetzen.
- konsequente Umsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“.
- die bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern als Pflichtaufgabe bzw. die langfristige Sicherstellung der Finanzierung durch das Land und den Bund.
- zielgenaue Bildungsmaßnahmen, die eine bessere berufliche Einmündung von Mädchen und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund unterstützen.
- Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf mit entsprechenden Regelungen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen.
- die tatsächliche Entlastung von Pflegepersonen, die Familienangehörige pflegen.
- die Förderung von Frauenwohnraumprojekten und die Unterstützung bei der Wohnungssuche Alleinerziehender.
- eine frauenspezifische Gesundheitsversorgung, unabhängig von der finanziellen Situation.

- Ausbau des kommunalen Frauenförderungsplans unter Berücksichtigung migrations-spezifischer Aspekte.

Hebammen

Gerade für Mütter in prekärer Lebenssituation ist die aufsuchende Betreuung durch ambulant tätige Hebammen lebenswichtig. Durch die bestehenden Vergütungsregeln und ausufernde Versicherungskosten wird diese Tätigkeit immer unattraktiver, so dass schon jetzt ein Versorgungsengpass besteht, mittelfristig die Versorgung ganz zum Erliegen kommen wird, wenn nicht durch Neuregulierung Abhilfe geschaffen wird.

DIE LINKE fordert:

- dass sich der Stadtrat und der Oberbürgermeister für eine Neuregulierung der Vergütungsregeln einsetzt.

Babyklappe

Für bestimmte Personengruppen sind die vorhandenen Einrichtungen (wie z. B. anonyme Geburt) nicht ausreichend. Frauen befinden sich aus unterschiedlichen Gründen in einer Ausnahmesituation, in der sie ihre Schwangerschaft verschweigen und von anderen Angeboten nicht erreicht werden. Untersuchungen haben ergeben, dass es den Frauen zum großen Teil nicht um ihre eigene Anonymität geht, sondern um Anonymität in ihrem Umfeld. Die bestehende Babyklappe am Helios Krankenhaus in Hamborn kann den Bedarf im Gesamttraum Duisburg nicht abdecken.

DIE LINKE fordert:

- die Einrichtung einer Babyklappe in jedem Duisburger Klinikum, das eine Frauen- oder Kinderstation vorhält.
- flächendeckende, zielgerichtete Unterstützungsangebote zur Prävention von Notsituationen schwangerer Frauen zu schaffen, z. B. Aufklärungsangebote über legale Hilfsangebote in Schulen, Gemeindezentren, Kliniken und den Bezirksamtern.

Prostituierte schützen

2017 ist das Prostituiertenschutzgesetz in Kraft getreten. Im Vorfeld gab es von Fachverbänden, Berater*innen und vor allem den Sexarbeitern*innen kritische Stimmen über den Sinn dieses Gesetzes und die Wahl der Methoden. Ziele sollten u.a. die sexuelle Selbstbestimmung der arbeitenden Frauen und Männer sein, verträgliche Arbeitsbedingungen sollten geschaffen werden, Gefahren wie Menschenhandel, Gewalt, Ausbeutung und Ansteckung vor sexuell übertragbaren Krankheiten sollten bekämpft werden. Bordellbetreiber*innen sollten gezwungen werden gesetzliche, insbesondere bauliche Standards, einzuhalten. Zwei Jahre nach Umsetzung des Gesetzes kann keine positive Bilanz gezogen werden. Die Begründung lautet, dass die gewählten Mittel nicht zur Verbesserung der Sexarbeit an sich beitragen, sondern zu einem mehr an Kontrolle, die eine ohnehin personell unterbesetzte Verwaltung leisten muss. Ein Bundesgesetz, wie es das Prostituiertenschutzgesetz ist, kann nur auf Bundesebene angepasst werden. Dennoch kann eine Kommune wie Duisburg Maßnahmen ergreifen, um Sexarbeit unter bedürfnisorientierten Bedingungen zu verbessern und gezielt Armutsprostitution aus Zuwandererstaaten entgegen zu wirken. Man spricht von geschätzt 480 zumeist Frauen aus Süd-Ost-Europa, die täglich allein im sogenannten Duisburger Vergnügungsviertel zwischen Vulkan- und Charlottenstraße tätig sind. Hinzu kommen Straßenstriche, Clubs, gewerbliche Zimmervermietungen und Privatwohnungen im gesamten Stadtgebiet.

DIE LINKE fordert:

- Die Schaffung einer multiprofessionellen Fach- und Beratungsstelle, die alle Bedürfnisse der Zielgruppe vereint sowie die Ausstattung dieser Stelle mit Personal in erforderlicher Quantität und Qualifikation (Sozialarbeiter*innen,

- 1798 Sprachvermittler*innen, Rechtsberatung, Mitarbeiter von Gesundheits-, Ordnungs-
1799 und Bauamt). Diese Stelle soll nicht nur in akuten Problemlagen unterstützen,
1800 sondern auch Aufklärungsarbeit zum Umgang mit Verhütungsmitteln, Schutz vor
1801 Erkrankungen aber auch eine sog. Einstiegsberatung leisten (Was kommt auf
1802 Neulinge im Job zu?)
- 1803 • Die Schaffung einer medizinischen Ambulanz, die von betroffenen kostenlos und
1804 anonym genutzt werden kann und das Angebot einer kleinen Frauenklinik vorhält
1805 (Durchführung von Abtreibungen, Behandlung bei Infektionskrankheiten, Einsetzen
1806 der Spirale usw.)
 - 1807 • Die Schaffung einer Fachstelle im Jobcenter oder Arbeitsagentur, die
1808 ausstiegswilligen unkomplizierte finanzielle Soforthilfen bietet, aber auch berufliche
1809 und Bildungsangebote vorhält.
 - 1810 • Die Vernetzung aller drei Stellen muss gewährleistet sein.
 - 1811 • Des Weiteren fordert DIE LINKE die Stadt Duisburg auf, keine neuen
1812 Betreibererlaubnisse zu erteilen, auch nicht versteckt in sog. Boardingrooms
1813 (gewerblichen Zimmervermietungen), wie auf der Günterstraße in Duisburg-
1814 Rheinhausen geplant.



1815

1816 Queer

1817 Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der kein Mensch für ihre*, seine* Sexualität
1818 und/oder geschlechtliche Identität diskriminiert wird! Queere Lebensformen sind Teil unserer
1819 Gesellschaft und gehören als solche geschützt. Wir unterstützen den Kampf für das Recht auf
1820 Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Menschen die queerfeindliche Übergriffe
1821 erleben, müssen geschützt werden - wir brauchen Beratungszentren! Queerpersonen die in
1822 kirchlichen Einrichtungen (Kirchliches Arbeitsrecht) arbeiten dürfen nicht wegen ihrer queeren
1823 Lebensform diskriminiert, gemobbt oder gekündigt werden! Es müssen interreligiöse und
1824 interkulturelle Dialogforen geben, an dem Sensibilisierung für queere Lebensformen/Diversity
1825 ermöglicht wird.

1826

1827 **DIE LINKE fordert:**

- 1828 • Mehr Gelder für Schlaue Duisburg (Schwul Lesbische Aufklärung an Schulen), um
1829 Kinder auch über queere Lebensformen aufzuklären
- 1830 • Förderung der queeren Szene, Errichtung eines queeren Zentrums (eventuell in
1831 Kombination mit dem soziokulturellen Zentrum)
- 1832 • Wir unterstützen die uneingeschränkte Aufnahme queerer Geflüchteten
- 1833 • Wir brauchen in Duisburg eine Trans*-Beratungsstelle
- 1834 • Kostenübernahme für den ÖPNV-Weg zu der nächstliegenden Beratungsstelle oder
1835 zu sensibilisierten Jugendzentren, um das queere Angebot für alle Menschen
1836 zugänglich zu machen (Fahrtkostenübernahme)

Bildung

In den Kitas für die Zukunft lernen

Kindertagesstätten sind für uns in erster Linie Bildungseinrichtungen für die Kleinsten. Aus diesem Verständnis war DIE LINKE die erste Partei, die eine umfassende Gebührenfreiheit von Kitas gefordert hat. In Duisburg wird es wegen der Haushaltslage nicht möglich sein, die Gebühren auf kommunaler Ebene gänzlich abzuschaffen. Die Vorgaben des Kinderbildungsgesetzes, wonach 30% der Kosten der Kitas durch Elternbeiträge erwirtschaftet werden sollen, ist in Duisburg in Hinblick auf die Einkommens- und Bevölkerungsstruktur nicht gerecht umsetzbar. Sie benachteiligt Duisburger Eltern, die schon als Normalverdiener mit einem Familieneinkommen von 75.000€ Elternbeiträge von 630 € für eine ganztägige Betreuung in einer Kita aufbringen müssen. Diese Gebühren gehören landesweit zu den höchsten und liegen deutlich über den Gebühren der Nachbargemeinden.

Wir werden in einem ersten Schritt die Gebührenobergrenze auf das Niveau der Nachbarstadt Düsseldorf herabsetzen und die Zulässigkeit einer solchen Gebührensatzung politisch und rechtlich vor dem Verwaltungsgericht erstreiten, weil es nicht sein kann, dass Duisburger Eltern gegenüber Familien in Nachbarstädten schlechter gestellt werden.

Wichtiger noch als die Beitragsfrage, das wissen wir aus vielen Gesprächen mit betroffenen Eltern, ist die Qualität der Kita-Betreuung. Nach dem letzten Sozialbericht und den Erhebungen der Gewerkschaft ver.di fehlen in Duisburg gemessen an dem gesetzlichen Standard mehr als 1.000 Betreuungsplätze. Stellt man die ungleiche Verteilung über das Stadtgebiet in Rechnung müsste man noch weitaus mehr neue Plätze für eine angemessene Bedarfsdeckung und gebotene Auswahlmöglichkeiten der Eltern schaffen. Hinzu kommt, dass ein Großteil des Betreuungsangebotes – etwa 42 % - auf Großtagespflege und Tagespflegeplätze entfällt, die längst nicht dieselben hohen räumlichen und pädagogischen Standards wie Kindertagesstätten bieten. Hinzu kommt, dass auch noch Betreuungsangebote für Kinder von Eltern mit außergewöhnlichen Arbeitszeiten – Nachtarbeit und Schichtarbeit – fehlen.

Die ausreichende Versorgung wird in Duisburg nur scheinbar dadurch sichergestellt, dass Gruppen systematisch überbelegt werden und die eigentliche Personalreserve für Krankheits- und Urlaubsvertretungen fest verplant wird und damit für den eigentlichen Zweck nicht mehr zur Verfügung steht. Die Entscheidung der Stadtverwaltung im Rahmen der Haushaltsplanung 80 zusätzliche Erzieher*innen einzustellen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, reicht aber noch lange nicht aus, eine qualitativ gute frühkindliche Erziehung und Förderung zu gewährleisten. Die kontinuierliche Überlastung des Personals hat jetzt dazu geführt, dass Duisburg nicht einmal ausreichend Bewerber*innen auf Stellen in Kitas findet, weil Erzieher*innen landesweit gesucht werden und andere Städte eben deutlich bessere Arbeitsbedingungen bieten.

Wir wollen schnell neue Kitas bauen. Schöne, helle, kindgerechte Gebäude mit Garten und Küche nach besten architektonischen Entwürfen. Wir wollen weg von Containerlösungen, Notlösungen und einer Überschreitung der Gruppengrößen als Regelfall. Kleinere Gruppen und tatsächlich vorhandene Krankheitsvertretungen werden die Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen schon auf das in anderen Städten übliche Niveau verbessern. Darüber hinaus wollen wir Anreize schaffen, damit gerade in Duisburg besonders viele Menschen sich für diesen Beruf interessieren. Wir wollen, dass in Duisburg für alle Bewerber*innen ein bezahlter, praxisintegrierter Ausbildungsgang (PIA) angeboten wird. In Kooperation mit den städtischen Berufskollegs könnte ein Ausbildungsgang entwickelt werden, der landesweit Modellcharakter hat und Duisburg als Ausbildungsort attraktiv macht. Zumindest die nächsten 10 Jahre sollten wir Erzieher*innen über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, weil die Geburtenrate steigt und nur so der eigene Bedarf sichergestellt werden kann.

1892 **Schule**

1893 Vielen Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen und
1894 Abschlüssen auf Grund ihrer sozialen Herkunft verwehrt. Kinder bzw. Jugendliche aus gut
1895 situierten Familien haben große Chancen auf einen qualifizierten Schulabschluss, die
1896 Chancen von Kindern aus finanziell schwächeren Familien auf einen qualifizierten
1897 Ausbildungsplatz sind deutlich geringer. Eine Schule für alle würde die frühe, auch soziale,
1898 Selektion der Kinder vermeiden. Daher fordert DIE LINKE eine Schule für alle -längeres
1899 gemeinsames Lernen bringt höhere Bildungserfolge!

1900

1901 **Jedem Kind seinen Schulplatz**

1902 Gute Bildung macht viele Lehrkräfte erforderlich, die eine qualifizierte Ausbildung besitzen,
1903 unbefristet beschäftigt sind, angemessen bezahlt werden und Aufstiegschancen haben. Sie
1904 benötigen multiprofessionelle Teams an ihrer Seite, die aus Sozialpädagog*innen,
1905 Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen, Integrationshelfer*innen und anderen bestehen. Sie
1906 alle gemeinsam bieten Raum und Zeit für partnerschaftliche Elternarbeit.
1907 Die Förderung in Deutsch und den Herkunftssprachen muss eine höhere Priorität genießen
1908 und kann nur durch ausreichend Personal gewährleistet werden.

1909

1910 **Bildung muss kostenfrei werden!**

1911 DIE LINKE fordert die benötigten Materialien im Bereich Bildung kostenfrei für alle
1912 Bürger*innen zur Verfügung zu stellen um allen Schüler*innen Zugang zur Bildung zu
1913 gewährleisten. Es müssen Beratung und Hilfestellungen angeboten und gefördert werden zu
1914 Antragsverfahren für Zuschüsse von Klassenfahrten, Ausflüge, Exkursionen und ähnlichem,
1915 damit Kinder und Jugendliche nicht länger aufgrund der finanziellen Situation ihrer Eltern von
1916 solchen schulischen Aktivitäten ausgegrenzt werden. Dabei muss Kindern eine ganztägliche
1917 Betreuung ermöglicht werden, denn alle Schüler*innen haben das Recht auf kostenlose
1918 Ganztagsbetreuung. Dazu gehört auch das Angebot einer Betreuung in den Ferien.
1919 Der Wechsel zwischen Lernzeiten und Pausenzeiten muss auf die Bedürfnisse der Kinder und
1920 Jugendlichen je nach Alter ausgerichtet werden. Es muss ein gesundes, vielfältiges,
1921 kostenfreies Mittagessen und Platz, Zeit und Material zum Spielen gewährleistet werden, auch
1922 um die Gesundheit der Schüler*innen und ihrer Beschäftigten langfristig zu fördern. Hierfür
1923 muss jedoch auch der Breitensport in die Schule integriert werden, dafür müssen Sport- und
1924 Schwimmhallen gebaut und ausgebaut werden. Sinnvoll ist hierbei die Vernetzung mit
1925 Akteur*innen aus dem Stadtteil.

1926

1927 In Zeiten der Bedrohung unserer Demokratie durch rechte Kräfte muss eine
1928 Demokratiebildung in der Schule stärker gefördert werden. Projekte wie „Demokratie leben“
1929 müssen gefördert und unterstützt werden. Zusätzlich müssen Schüler*innenvertretungen und
1930 Schüler*innen eine aktive Mitgestaltung des Unterrichts ermöglicht werden, Mitbestimmung
1931 muss für Schüler*innen attraktiver werden! In der Schule sollte Demokratie gelebt werden, um
1932 diese positiv zu vermitteln. Hierfür müssen Schulen mit Diversität offensiv positiv umgehen.
1933 Die Schule sollte aktiv in ihrem Stadtteil präsent sein und so ein Mitgestalten aller
1934 Bewohner*innen fördern.

1935

1936 **Schulen modernisieren!**

1937 Eine Digitalisierung der Schule ist längst notwendig um Schüler*innen den Umgang mit
1938 mobilen Endgeräten und dem Internet beizubringen. Hierfür muss jede*r Schüler*in mit
1939 Endgeräten ausgestattet werden, ebenso alle Lehrkräfte.
1940 Um ihre Benutzung zu gewährleisten, muss in allen Räumen leistungsfähiges W-Lan etabliert
1941 werden und Lehrkräfte müssen fortgebildet werden. Der Schulträger muss für Wartungen
1942 sorgen und das Personal für die Administration stellen.

1943

1944 Desweiteren muss auch für die Körperliche Sicherheit gesorgt werden. Hierfür sind kurze
1945 Schulwege sinnvoll, und der ÖPNV für Schulkinder muss kostenfrei werden, um eine

1946 Gefährdung der Schulkinder im Straßenverkehr zu verhindern. (Mehr zum Thema Mobilität
1947 findest du auf Seite 22)

1948

1949 Die Schulgebäude in Duisburg sind in einem katastrophalen Zustand. Um eine angenehme
1950 Lernatmosphäre zu schaffen, müssen die Gebäude pädagogisch und ökologisch sinnvoll
1951 gestaltet, die Räume und Möbel sauber sein, außerdem altersgemäß und freundlich. Die
1952 Schulhöfe müssen ausreichend groß und mit Bänken und Spielgeräten ausgestattet sein, um
1953 Schüler*innen eine erfreuliche Pause zu gewährleisten. Jede Schule benötigt eine*n
1954 Hausmeister*in, um Sauberkeit zu gewährleisten. Um diesen Zustand zu erhalten müssen die
1955 Schulen und die Außenanlagen im erforderlichen Maße gereinigt, regelmäßig gewartet und
1956 ggf. saniert werden.

1957 Den Schüler*innen und Eltern soll angeboten werden die Gestaltung der Schule und der
1958 Außenanlagen mitzugestalten. Die Sekretariate müssen im notwendigen Ausmaß mit
1959 Verwaltungskräften besetzt werden, um eine Erreichbarkeit der Schulbüros während des
1960 Schulbetriebs zu gewährleisten.

1961

DIE LINKE fordert:

- den Bau von modernen Schulgebäuden bzw. der Sanierung
- kostenlose Bildung und kostenlose Lernmaterialien
- kostenfreie Ganztagsbetreuung mit Mittagessen
- Demokratieförderung und Digitalisierung der Schulen
- dass die Schulen in öffentlicher Hand sind und unter öffentlicher Kontrolle stehen
- Wohnortnahe Schulen für alle Kinder.
- eine interkulturelle und inklusive Schule.

1970

1971

Jugend

1972

1973

Die Zukunft unserer Kinder geht nur solidarisch und ökologisch

1974 Die Jugendgesellschaft Duisburgs wächst. Es gibt wieder mehr Geburten. Und unter den
1975 Menschen, die als Geflüchtete oder Migrant*innen in den letzten Jahren nach Duisburg
1976 gekommen sind, sind überproportional viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.

1977

1978

1979 Duisburgs Jugendgesellschaft ist bunt. Mehr als die Hälfte von ihr hat einen
1980 Migrationshintergrund. Aber die allermeisten sind in Deutschland geboren und aufgewachsen.
1981 Duisburg ist ihre Heimat geworden. Wir sehen sie als junge Duisburger*innen. Auch von
1982 denen, die in den letzten Jahren nach Duisburg gezogen sind, werden viele bleiben und hier
1983 heimisch werden.

1984 Wir wollen, dass sich aus diesen sehr unterschiedlichen jungen Menschen die solidarische
1985 Stadtgesellschaft der Zukunft bildet. Viele von ihnen sind politisch hoch aktiv, haben erkannt,
1986 dass die Klimakatastrophe energisches Handeln und eine grundlegende Veränderung unserer
1987 Lebens- und Wirtschaftsweise erfordert. Andere sind in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark
1988 benachteiligt, haben als Kind Gewalt erfahren, wurden vernachlässigt, ungenügend gefördert,
1989 und sind als junge Menschen schon in einen alltäglichen finanziellen Existenzkampf mit dem
1990 Jobcenter und der Ausbildung verstrickt.

1991 Die Klimabewegung kann nur wachsen, wenn sie die gesellschaftlichen Spaltungen
1992 überwindet. Gerade für die Jugendbevölkerung ist die Segregation in arme und wohlhabende
1993 Stadtteile besonders schwer zu ertragen. Der größte Teil der Jugendbevölkerung lebt in
1994 Quartieren mit schlechten Wohnverhältnissen und Infrastruktur. Nicht nur das, die Herkunft
1995 aus Marxloh oder Hochfeld führt auch noch zu einer Stigmatisierung bei der Stellensuche.

1996

Eine solidarische Stadtgesellschaft beginnt bei der Bekämpfung von Kinderarmut

1997 Jedes dritte Kind in Duisburg lebt in Armut. Kinderarmut trifft die Familien von Erwerbslosen,
1998 Geringverdienern, Leiharbeitern, Alleinerziehenden und besonders Menschen mit

Migrationshintergrund. Die Kinderarmut in Duisburg hat in den letzten Jahren sogar noch zugenommen. Sie ist Folge von Arbeitsplatzvernichtung, Niedriglohnpolitik und Hartz IV. Hinzu kommt die Armutszuwanderung nach Duisburg. Sie trifft auf eine gleichgültige und inkompetente Verwaltung, die hunderte von Kindern unbeschult lässt und zusieht, wie ihre Eltern als Tagelöhner ausgebeutet und übervorteilt werden.

DIE LINKE war mit dem runden Tisch gegen Kinderarmut sehr darum bemüht, mit allen sozialen und politischen Akteuren gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Zuletzt sind nicht einmal mehr Treffen zusammengekommen, weil SPD und CDU die Kinderarmut zwar öffentlich beklagen, aber lieber verschweigen, dass sie durch ihre unsoziale Politik selbst zu dem Missstand beigetragen haben.

Dabei gibt auch auf kommunaler Ebene Handlungsspielräume und wirksame Maßnahmen, die ergriffen werden können, ohne dass Gesetze geändert werden müssten. Wir wollen dafür auch die erforderlichen Haushaltsmittel einsetzen. Viele Maßnahmen lassen sich selbst unter dem Regime der Haushaltssicherung verwirklichen, weil Jugendhilfemaßnahmen Pflichtleistungen ohne Finanzierungsvorbehalt sind. Bei anderen Maßnahmen fordern wir, dass Duisburger Kinder und Jugendliche wegen der Haushaltslage der Stadt nicht schlechter gestellt werden dürfen als Kinder und Jugendliche in Münster oder Düsseldorf. Für die besonderen sozialen Problemlagen muss Duisburg zusätzliche Mittel erhalten. Um die Mittel wirksam und zweckentsprechend einzusetzen, bedarf es verlässlicher Förderstrukturen und nicht eines Wildwuchses an Projekten und teilweise kommerziell arbeitenden Trägern mit fraglicher Erfolgsbilanz. Bei der kommunalen Investitionstätigkeit müssen bei den Maßnahmen Prioritäten gesetzt werden, die soziale Benachteiligungen beseitigen und die Lebensverhältnisse in sozial benachteiligten Stadtteilen verbessern. Die finanziellen Ressourcen der städtischen Gesellschaften müssen ebenfalls hier gezielt eingesetzt werden, anstatt für sinnlose Prestigeprojekte und Versorgungsposten für Politiker. Der Verzicht auf Eintrittsgelder, ein kostenloser Nahverkehr für Kinder und Jugendliche, ein Sozialpass für Kultur- und Bildungsangebote, all dies ist auf kommunaler Ebene möglich und machbar. Zurzeit werden nicht einmal die geringen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket vollständig an die Betroffenen ausbezahlt, weil eine misstrauische Sozialverwaltung ein Bürokratiemonster erschaffen hat.

DIE LINKE fordert:

- kostenlose warmes Mittagessen in Kitas und Schulen, gesund, vegetarisch und frisch zubereitet
- kostenloser Nahverkehr für Kinder und Jugendliche
- ein Sozialticket für Bildungs- und Kulturangebote
- Suche und besondere Förderung musischer, sportlicher und wissenschaftlicher Talente in benachteiligten Familien
- privilegierte Zuverdienstmöglichkeiten nach dem SGB II für Alleinerziehende
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der Bildungs- und Kulturangebote in benachteiligten Stadtteilen
- andere Auswahlkriterien für Hilfen zur Erziehung, nicht mehr die wirtschaftlichste, sondern die wirksamste Maßnahme wird gewährt
- Hilfen für junge Volljährige werden proaktiv vom Jugendamt angeboten
- Verwaltungsrichtlinien für das Jobcenter mit einem klaren Vorrang für Förderung und Unterstützung, was Sanktionen ausschließt

Neuausrichtung der Jugendarbeit

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen Freiräume, in denen sie sich zwischen Schule und Elternhaus, Nachmittagsbetreuung und elterlicher Förderung, Social Media und Konsumwelten entwickeln und entfalten können. Jahrzehntlang ist die freie Jugendarbeit konzeptionell und fiskalisch vernachlässigt worden. Dabei ist sie der Schlüssel, um eine junge Generation darauf vorzubereiten, sich zu solidarischen und kollektiven Handeln zu

ermächtigen und die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen voranzutreiben, die notwendig sind, um auf diesen Planeten noch länger als Menschen leben zu können.

DIE LINKE will einen Schwerpunkt auf die Förderung und Neuausrichtung der freien Jugendarbeit legen. Wir wollen alle Akteure zu einer groß angelegten Jugendkonferenz zusammen bringen, um gemeinsam an einer Neukonzeption zu arbeiten: die im Jugendring zusammengeschlossenen freien Träger*innen der Jugendhilfe, Schüler*innen und Ausbildungsvertretungen, unabhängige Jugendgruppen, die freie Szene, Antifaschistische-Gruppen, Vertreter*innen aus den Bereichen der politischen und kulturellen Bildung und des Sports, die VHS, das Zentrum für Erinnerungskultur und andere emanzipatorische Initiativen und Organisationen.

DIE LINKE fordert:

- eine pädagogische Neuausrichtung der Jugendzentren, eine sachliche und personelle Stärkung der Einrichtungen und eine deutliche Veränderung der Öffnungszeiten an den Wochenenden und im Abendbereich,
- Freiräume für die Entfaltung von Jugendkultur, durch Förderung von Graffiti im öffentlichen Raum, Skateparks, erleichterte Ermöglichung von Freiluftfeten, etc.
- eine Intensivierung der politischen und kulturellen Bildungsarbeit, Gedenkstättenfahrten, interkulturelle Begegnungen, Klimawandel, Antirassismus,
- eine Talentförderung in allen Bereichen unabhängig vom Geldbeutel und der Herkunft der Eltern,
- eine politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen Entscheidungen, die sie betreffen (Wir wollen ein neues Jugendparlament mit eigenem Etat und Befugnissen),
- und im Rahmen von Smart-City den Aufbau alternativer Social-Media-Angebote ohne Datenmissbrauch, dafür aber mit ehrlichen Formen der politischen Mitwirkung

Jugendkriminalität

Ein Ruf nach härteren Strafen und einer Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit sind absolut verfehlt. Jugenddelinquenz bedarf in erster Linie einer erzieherischen Reaktion. Das Spektrum möglicher Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz ist breit gefächert. Die Umsetzung scheitert in Duisburg häufig daran, dass das Jugendamt aus Kostengründen zu wenig geeignete Angebote vorhält. Die Jugendhilfe im Strafverfahren muss dringend neu aufgestellt werden.

DIE LINKE fordert:

- eine stärkere Vernetzung von Hilfen zur Erziehung und Jugendhilfe im Strafverfahren,
- eine Ausweitung und Diversifizierung der sozialen Trainingskurse insbesondere gegen Gewalt und überholte Geschlechterrollen
- pädagogisch begleitete Arbeitsprojekte für Sozialstunden,
- eine enge Zusammenarbeit von Schulverwaltung und Jugendhilfe im Bereich der Schulabstinenz
- eine Abstimmung von Jobcenter und Jugendhilfe,
- besondere Hilfen zur Überwindung der Armutskriminalität von Jugendlichen
- Projekte zur Förderung des respektvollen Umgangs im öffentlichen Raum,
- eine bessere Vernetzung aller Akteur*innen, die mit der Behandlung von Jugendkriminalität befasst sind,
- eine proaktive und großzügigere Bewilligungspraxis bei den Hilfen für junge Volljährige

Vernetzung in der Jugendpflege fördern

Leistungen der Jugendhilfe werden vom staatlichen Jugendamt und von einer Vielzahl freier Träger*innen erbracht. Die meisten sind weltanschaulich gebunden, kirchlich orientiert oder gehen auf die Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter*innenbewegung zurück. DIE LINKE

2109 bekennt sich zu dieser Träger*innenvielfalt. Sie ist Ausdruck unserer pluralistischen
2110 Gesellschaft. Der Gedanke, dass auch Träger*innen aus dem Spektrum der
2111 Migrant*innenorganisationen hinzukommen, sollte für uns normal sein. Noch wichtiger ist,
2112 dass alle Träger*innen sich interkulturell öffnen und mit Migrant*innenorganisationen
2113 kooperieren. Auch das Verhältnis zwischen Stadt, städtischen Jugendamt, den freien
2114 Träger*innen und der Jugendhilfe sollte von dem Prinzip der Kooperation bestimmt sein. Die
2115 freien Träger*innen dürfen nicht als billigere Leistungserbringer*innen von der Stadt
2116 missbraucht werden und erst recht dürfen sie nicht gegeneinander ausgespielt und unter
2117 Kostensenkungsdruck gesetzt werden. Kooperatives Verhalten kann zu einer wesentlichen
2118 Verbesserung der Leistungserbringung führen. Der Austausch von Konzepten, gemeinsame
2119 Fortbildung der Mitarbeiter*innen, Spezialisierung in bestimmten Bereichen, Vernetzung, sind
2120 besonders zu fördern.
2121 Letztlich zählt, die gute Ausbildung, die Erfahrung, die Arbeitszufriedenheit der einzelnen
2122 Mitarbeiter*innen. Ihre Empathie, ihre interkulturelle Kompetenz, ihre Zugewandtheit
2123 gegenüber oft schwierigen Familienmitgliedern bestimmen wesentlich über den Erfolg von
2124 Jugend- und Familienhilfe. Sie sind der Schatz, den es zu bewahren und zu vergrößern gilt.

2125

2126

2127 **Kultur**

2128

2129 Kulturpolitik muss die Aufgabe haben, zum Zusammenhalt der Stadtgesellschaft
2130 beizutragen, sowie Erbe zu bewahren – und zwar kulturelles Erbe. Dazu gehören in
2131 Duisburg Mercator, Lehmbruck, Baykurt, die Hafenkultur, die Musiktheatertradition und noch
2132 vieles mehr.

2133

2134 **Kulturelle Teilhabe für alle ermöglichen**

2135 Wir setzen uns dafür ein, dass kulturelle Teilhabe für alle Menschen unabhängig von Herkunft,
2136 Alter und sozioökonomischem Hintergrund ermöglicht wird. Daher brauchen wir in Duisburg
2137 dringend ein Soziokulturelles Zentrum. Dieses Zentrum sollte sich dann mit anderen kulturellen
2138 Stätten in Duisburg vernetzen, wie zum Beispiel dem Steinhof oder dem Kulturbunker.
2139 Außerdem braucht Duisburg für einen stärkeren Dialog der queeren Community mit allen
2140 gesellschaftlichen Gruppen zur Bekämpfung von Vorurteilen und als Anlaufstelle für Opfer von
2141 Queerfeindlichkeit ein Queeres Zentrum. Angebote der politischen Bildung, insbesondere der
2142 Jugendbildung, auch in Bezirksbibliotheken, müssen gefördert werden. Bezirksbibliotheken
2143 sind mehr als nur Orte, an denen man sich Bücher ausleiht. Sie sollten Orte der Begegnung
2144 und des kulturellen Austauschs sein. Dafür brauchen sie mehr Personal und mehr Geld. Auch
2145 setzen wir uns für eine Stärkung der Philharmonie ein. Diese braucht neue Formate für Kinder,
2146 Jugendliche und ethnische Communities. Damit dies bei der Programmplanung berücksichtigt
2147 wird, bedarf es eines interkulturellen Programmbeirats. Damit die Stadtteile nicht außen vor
2148 bleiben, sollte die Philharmonie auch mit kleineren Musikprojekten in die Stadtteile gehen.
2149 Duisburg muss nicht zuletzt dringend finanziell entlastet werden. Deshalb müssen das Land
2150 NRW und die Stadt Düsseldorf einen größeren Anteil der Deutschen Oper am Rhein
2151 übernehmen, ohne dass dadurch das Duisburger Stadttheater als zweite Spielstätte wegfällt.
2152 Die für Kultur vorhanden Mittel müssen umgeschichtet werden, sodass mehr Kultur in den
2153 Stadtteilen möglich ist und mehr Breiten-, Sozio-, Inter- und Jugendkultur ermöglicht werden
2154 kann.

2155

2156 **Duisburg braucht ein breites Kulturangebot**

2157 Duisburg bietet in Hinblick auf Kultur in vielen Bereichen großes Potential. Dieses sollte
2158 ausgeschöpft werden. Duisburg braucht mehr eigenes Sprechtheater. Deswegen setzen wir
2159 uns dafür ein, dass unsere Stadt ein eigenes Ensemble bekommt. Außerdem sollte es eine
2160 Vernetzung der einzelnen Theaterprojekte in Duisburg geben. Neben Theater bietet auch Film
2161 in unserer Stadt viele Chancen. Duisburg hat das Potential, Kinostadt zu werden. Mit dem

breiten Angebot, das wir mit Filmforum, Filmwoche und Jugendfilmfestival haben, müssen neue Bevölkerungsgruppen angesprochen werden. Weitere Kinostandorte, zum Beispiel in Marxloh, sollten gefunden werden. Des Weiteren müssen Museen attraktiver gestaltet werden. Ein inhaltlicher Verbund von Lehmbruck-Museum, dem Kultur- und Stadthistorischen Museum und der Küppersmühle muss geschaffen werden. Für größere Ausstellungen sollten wechselnde künstlerische Leitungen engagiert werden. Außerdem fordern wir eine Erhöhung des Ausstellungsetats. Lebende Künstler*innen in Duisburg müssen mehr gefördert werden. Auch eine bunte und vielfältige Clubkultur würde die Stadt lebenswerter machen. Dies würde auch den Status Duisburgs als Studierendenstadt stärken. Daher setzen wir uns dafür ein, dass das Duisburger Nachtleben gestärkt wird.

Kultur als Identitätsstiftung

Kultur bietet die Möglichkeit, sich frei entfalten zu können, und seine Identität finden und ausdrücken zu können. Daher ist Kultur in ihrer Vielfalt essenziell für eine lebendige Demokratie. Wir fordern daher, dass Kultur im öffentlichen Raum mehr gefördert wird. Freiluftpartys müssen unbürokratisch ermöglicht werden können. Stadtplanung und Architektur müssen als wichtiger Faktor einer neuen Stadtkultur begriffen werden. Freiräume sollen offen gestaltet werden. Wichtig ist auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Stadtgeschichte. Erinnerungskultur ist ein wichtiger Faktor, um gegen rechte Ideologien anzukämpfen. Wir sind daher froh, dass es in Duisburg nun ein Zentrum für Erinnerungskultur, Demokratie und Menschenrechte gibt. Zur Aufarbeitung der Vergangenheit unserer Stadt braucht das Zentrum für Erinnerungskultur aber dringend mehr Personal und mehr Geld.

DIE LINKE fordert:

- Ein Soziokulturelles Zentrum für Duisburg
- Mehr Geld und Personal für Bezirksbibliothek und Stadtbibliothek
- Einen interkulturellen Beirat für die Philharmonie
- Umschichtung der Kulturmittel, damit ein größeres Kulturangebot möglich ist
- Förderung von Künstler*innen in Duisburg
- Eine bunte und vielfältige Clubkultur in Duisburg

Sport und Freizeit

Sport vermittelt Werte wie Toleranz, Respekt und Fairness

Zugang zum Sport muss unabhängig von sozialen, ethischen, religiösen, rassistischen oder sexuellen Hintergründen gesichert werden und der Integration von Geflüchteten dienen. Aufgrund seiner Größe hat der Sport eine enorme gesellschaftliche Bedeutung. Gerade im Amateurbereich wird jeden Tag wichtige Sozialarbeit geleistet!

Sport und Bewegung sind ein wichtiger Bestandteil für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit - das gilt insbesondere für Kinder, aber auch für Menschen mit Behinderung.

Einem Großteil der Bürger*innen bleibt der Zugang zum Sport aus Kostengründen verwehrt. Obwohl Duisburg zurzeit 450 beim Stadt sportbund eingetragene Vereine mit ca. 100.000 Mitgliedern hat, werden jährlich (zurzeit) nur 26 Millionen € stadtweit für den Sport ausgegeben! Das sind nur jämmerliche 1,7 % des gesamten Haushalts (Stand November 2019). Vielen Vereinen geht es schlecht, sie müssen Monat für Monat um ihre Existenz kämpfen!

Viele Kinder und Jugendliche kommen aus armen Familien und können nur geringe Mitgliedsbeiträge bezahlen. Dadurch fehlt es an auskömmlichen Einnahmen. Die Infrastruktur (Sportplätze, Umkleieräume, Gemeinschaftsräume) ist in der Regel in einem katastrophalen Zustand. DIE LINKE fordert, dass die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Vereinen gefördert wird, damit die Schüler*innen auch in der Freizeit die Sportanlagen nutzen können!

2216

2217 In diesem Zusammenhang fordern wir mindestens jeweils ein Schwimmbad für jeden Bezirk,
2218 damit die Kinder die Möglichkeit bekommen schwimmen zu lernen!

2219 Durch bessere Bezahlung für Schwimmmeister*innen muss dem Fachkräftemangel
2220 entgegengewirkt werden. Heute fällt der Schwimmunterricht durch fehlendes Personal sehr
2221 häufig aus. Wir fordern einen neuen Pakt für den Sport, in dem die Stadt Duisburg den im
2222 Stadtsportbund angeschlossenen Vereinen zusagt in den nächsten Jahren erheblich höhere
2223 Finanzmittel bereit zu stellen! Wir fordern die Erstellung eines Entwicklungsprogramm für
2224 Sportstätten in dem die Stadt den Vereinen verbindlich zusagt, bis wann die Infrastruktur
2225 erneuert wird – zusätzlich wollen wir eine Notfallkasse einführen, damit kurzfristig und
2226 unbürokratisch Vereinen geholfen werden kann! Bis zur Erstellung eines
2227 Entwicklungsprogramm für die Sportstättenhalten, halten wir die Erstellung eines
2228 Sportstättenkatasters, in dem der Zustand der Vereinsanlagen aufgezeigt wird, für sinnvoll.
2229 Damit wird transparent gemacht, wie groß der Investitionsbedarf tatsächlich ist!

2230

2231 **Ehrenamt**

2232 Ohne Ehrenamt könnten die Vereine ihre Angebotspalette nicht mehr aufrechterhalten und die
2233 Betreuung ihrer Mitglieder nicht mehr gewährleisten. Dieses Engagement muss deutlich mehr
2234 als bisher gewürdigt werden! Das darf aber nicht bedeuten, dass ehrenamtlich Tätige
2235 Hauptamtliche ersetzen! Das Ehrenamt muss durch ausreichende Übungsleiterpauschalen
2236 besser gefördert werden. Darüber hinaus fordern wir die kostenlose Nutzung des ÖPNV (Mehr
2237 dazu findest du ab Seite 22) und des SPNV. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich Ehrenamtliche
2238 bei der Ausübung ihrer Tätigkeit selbst versichern müssen und bei der Nutzung ihres privaten
2239 PKW gefahrene Kilometer nicht steuerlich absetzen können. Wir fordern pro Bezirk eine
2240 städtische Ansprechpartnerin oder einen städtischen Ansprechpartner!

2241

DIE LINKE fordert:

- 2243 • die Kommerzialisierung des Sports aus Profitgründen muss überwunden werden
- 2244 • den Schulsport z.B. durch den Ausbau der Sportinfrastruktur verbessern
- 2245 • Förderung des Breitensports, denn sonst ist auch der Spitzensport nicht möglich
- 2246 • Interkulturelle Öffnung der Vereinslandschaft durch Förderung von gemeinsamen
2247 Sportangeboten für Jugendliche. Übernahme der Mitgliedsbeiträge von Geflüchteten
2248 in Vereinen und der Kosten von Sportartikeln durch die Stadt.

2249

2250 **Inklusion**

2251

2252 **Ein inklusives und selbstbestimmtes Leben**

2253 Die Behindertenrechtskonventionen der Vereinten Nationen (UN) wurde 2009 von
2254 Deutschland ratifiziert (ist seit 2009 in Kraft). Demnach gilt auf dem Papier: Menschen mit
2255 Behinderungen sind Teil des gesellschaftlichen Lebens und haben die gleichen Grundrechte
2256 und Grundfreiheiten wie Menschen ohne Behinderungen. Sie haben das Recht und die
2257 Freiheit, selbst zu bestimmen, wie sie zu leben und ihr Leben zu gestalten haben. Unsere
2258 Aufgabe ist es, dieses selbstbestimmte Leben zu ermöglichen. Die Partei DIE LINKE setzt sich
2259 deshalb dafür ein, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das öffentliche
2260 Bewusstsein so zu verändern, dass ein inklusives und barrierefreies Leben partizipativ und in
2261 Würde zum Alltag gehört. Nach mehr als zehn Jahren des in Krafttretens der Konvention
2262 haben Menschen mit Behinderungen immer noch mit Hürden, Hindernissen und
2263 Diskriminierungen zu kämpfen. Der Mensch für sich mit all seinen Bedürfnissen, Träumen und
2264 Wünschen steht nicht im Mittelpunkt, sondern seine Verwertbarkeit und Leistungsfähigkeit für
2265 das kapitalistische System. Sie werden weiterhin in Sondereinrichtungen wie Förderschulen,
2266 Behindertenwerkstätten oder Wohnheimen separiert.

2267

2268

DIE LINKE fordert:

- Alle KiTas und Schulen müssen personell, räumlich und sächlich so ausgestattet werden, dass Inklusion tatsächlich gelebt werden kann. Dazu gehört u.a.: Sonderpädagog*innen für die Bildungseinrichtungen, Behindertengerechter und barrierefreier Ausbau aller Bildungseinrichtungen und deren Räume, angefangen mit den KiTas, KiTa- und Schulbau, der durch eine moderne, den Anforderungen der Inklusion gerecht werdenden Architektur, dafür sorgt, dass alle Kinder gemeinsam zur KiTa und Schule gehen können, Deutliche Ausweitungen der finanziellen Mittel für KiTas und Schulen, um passgenaue inklusive Angebote zu ermöglichen. (Unser Programm für Kindergärten und Schulen findest du auf Seite 41)
 - Integration in den ersten Arbeitsmarkt und somit finanzielle Unabhängigkeit von der öffentlichen Hand.
 - Barrierefreier und behindertengerechter Wohnungsbau in kommunaler Hand. (Unser Programm zum Wohnen findest du auf Seite 16)
 - In Duisburg leben viele Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und dennoch werden diese Menschen im Alltag kaum wahrgenommen. Die öffentlichen Verkehrsmittel und die Haltestellen sind mehrheitlich nicht nach den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen ausgerichtet. Hier ist ein Umdenken in der Planung des ÖPNV und Umgestaltung der Haltestellen notwendiger denn je.
 - die barrierefreie Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV,
 - die Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe,
 - einen verbindlichen Ausbau der barrierefreien Haltestellen des ÖPNV bis 2023,
 - die Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen.
- (Unsere gesamten Vorschläge zum ÖPNV findest du auf Seite 22)

Orte der Begegnung schaffen

Kinder haben grundsätzlich keine Vorurteile. Sie spielen miteinander, sie streiten und versöhnen sich wieder. Um der Begegnung aller Kinder gerecht zu werden, müssen wir auch die Orte der Begegnungen, des Spielens, Streitens und der Versöhnung neugestalten. Die Spielplätze und die Spielgeräte sind daher auch nach den Bedürfnissen der Kinder mit Behinderungen zu gestalten. Die Partei DIE LINKE wird sich bis Ende der Legislaturperiode 2025 für die Umgestaltung aller Spielplätze nach den Bedarfen und Bedürfnissen aller Kinder einsetzen und für die Ausweitung der Begegnungsorte sorgen.

Eine partizipative Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedeutet auch politische Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten vor Ort. Daher fordert die Partei DIE LINKE, dass alle Schriftstücke der Verwaltung, der politischen Gremien in leichter und einfacher Sprache sowie in Gebärdensprache herauszugeben sind.

Senior*innen

Ein würdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter

In der heutigen Zeit ist ein würdiges und selbstbestimmtes Leben im Alter in vielerlei Hinsicht nicht möglich: Die Zahl von Rentner*innen mit kleinen Renten wächst – in Duisburg überproportional zum Bundesdurchschnitt - dafür aber steigen die Lebenshaltungskosten und die Mieten. Allein in Duisburg sind fast 7.000 Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Grund für die Finanzierungskrise der Rentenversicherung sind vor allem langfristige Einnahmeausfälle durch Massenerwerbslosigkeit, des massiven Anstiegs von prekären Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnsektor, sowie der Unfähigkeit der herrschenden Politik, die Finanzierungsgrundlagen des Rentensystems rechtzeitig und sinnvoll zu reformieren. Die LINKE wendet sich gegen alle Versuche, Alt und Jung gegeneinander auszuspielen. Private Rentenversicherungen und -fonds führen nicht zur Stärkung der solidarischen Sicherung durch die gesetzliche Rente. Im Gegenteil, Sinn und Zweck dieser Maßnahmen ist die systematische Zerstörung des Solidarsystems und Stärkung

der privaten Rentenfonds und Versicherungen. Den Menschen, die jahrelang in die Rentenkasse einzahlen wird gesagt, sie müssen sich zusätzlich privat für das Alter sichern. Die LINKE kämpft für gute Arbeit, für gute Löhne und gute Renten! Denn die Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen! Und für eine Rentenkasse, in die alle einzahlen, also auch Freiberufler*innen, Beamt*innen, Politiker*innen etc. Die demographische Entwicklung in Duisburg, darunter die deutliche Zunahme der älteren Bevölkerung, macht besondere politische Anstrengungen erforderlich. Am sozialen, kulturellen und politischen Leben müssen Senior*innen selbstverständlich aktiv teilnehmen. Dafür werden wir uns für einen beitragsfreien Duisburg-Pass einsetzen. Ihre selbstbestimmte Lebensgestaltung darf durch Vereinsamung, Verarmung und Diskriminierung nicht behindert werden. Weil ihre Renten die immens steigenden Mieten oft nicht mehr decken können, dürfen sie nicht aus ihrem gewohnten Umfeld entwurzelt werden. Vielen Rentner*innen droht im Pflegefall des/der Partners/Partnerin oder Todesfall aus finanziellen Gründen der Verlust der Wohnung. Die Kommunalpolitik kann und muss hier gegensteuern. Wie wir umsetzen wollen, dass Senior*innen in ihrem vertrauten Wohnumfeld bleiben können, findest du auf Seite 16 in diesem Programm.

Bei einer zwingend erforderlichen Heimunterbringung setzt sich die LINKE dafür ein, dass die Unterbringung möglichst in der näheren Umgebung erfolgt, damit die sozialen Kontakte weiterhin aufrecht erhalten bleiben. Die Kommune ist in der Pflicht, alle ambulanten und stationären Altenpflegeheime einer regelmäßigen und umfassenden Überprüfung hinsichtlich der Qualität der Pflege und des Sozialdienstes.

Nahversorgung auch im Alter

Für Senior*innen müssen ortsnahe Treffpunkte, Beratungs- und Hilfsangebote geschaffen werden. Die LINKE fordert den Ausbau solcher Strukturen. Auch die ortsnahe Versorgung wird immer wichtiger. Kleine Geschäfte für den täglichen Bedarf werden durch die Discounter verdrängt. Ärzte und Apotheken ziehen weg, weil die Gesundheit immer mehr zu einer Ware wird. Bankfilialen werden aus Gründen des Personalabbaus geschlossen. Dadurch werden ältere Menschen gezwungen, auf wöchentliche mobile Busse zu warten, damit sie ihre Bankgeschäfte erledigen können. Die LINKE setzt sich für die Nahversorgung mit Einkaufsmöglichkeiten, Banken, Ärzten und Apotheken sowie Haltestellen für den öffentlichen Nahverkehr ein. Die Mobilität durch den öffentlichen Nahverkehr ist das A und O für ein partizipatives Leben in Duisburg. (Welches Konzept wir für den ÖPNV haben, kannst du auf Seite 22 nachlesen)

DIE LINKE fordert:

- den Ausbau von seniorenrechtlichen, barrierefreiem und sozial gefördertem Wohnraum
- den Erhalt und Ausbau von Nahversorgung mit Supermärkten, Hausärzten und Apotheken, Banken sowie Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs
- Erhalt und Erweiterung von stadtteilbezogenen Anlaufstellen für Beratungs- und Hilfsangebote wie unter anderem Bürger- und Begegnungsstätten, Förderung von politischer Teilhabe und Mitsprache der Betroffenen bei der kommunalen Alten- und Pflegepolitik,
- Unterstützung von Eigeninitiativen der Seniorinnen und Senioren zur Verbesserung des partizipativen Lebens in Duisburg.

Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche. Wir befinden uns inmitten einer digitalen Transformation. Wie wir leben, arbeiten, uns bilden oder unsere Freizeit verbringen wird immer stärker von der Digitalisierung bestimmt.

2373 Der Prozess der Digitalisierung stellt die Kommunen vor große Herausforderungen. Er bringt
2374 massive strukturelle, organisatorische und kulturelle Veränderungen mit sich. So werden in
2375 einer digitalisierten Gesellschaft massenhaft Daten gesammelt, verarbeitet und verwertet.
2376 Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität erlangen vor diesem Hintergrund eine
2377 außerordentliche Bedeutung und sind ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie.
2378

2379 **Eine digitale Stadt für alle**

2380 Eine digitale Stadt für alle bedeutet für DIE LINKE Partizipation und Stärkung der Demokratie
2381 für die Bürger*innen. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir unsere Stadt, unsere Daten und
2382 Sicherheit, unsere demokratische Kontrolle und öffentliche Ordnung sowie unseren
2383 Lebensraum zum Nutzen aller Bürger*innen selbst gestalten und neu denken.

2384 Eine digitale Stadt für alle muss von allen Menschen genutzt werden können, dies ist
2385 Voraussetzung für soziale, demokratische und ökonomische Teilhabe in der digitalen
2386 Gesellschaft. Ohne Zugang zum Internet und digitalen Diensten droht vielen Menschen die
2387 soziale Ausgrenzung. Die Verbindung zum Internet und zu den digitalen Angeboten ist Teil der
2388 öffentlichen Daseinsvorsorge, ähnlich wie Elektrizität und fließendes Wasser.
2389

2390 **Digitale Infrastruktur bedeutet Entlastung**

2391 Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger*innen und Unternehmen
2392 Entlastung bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen.
2393 Leicht zugängliche und benutzerfreundliche Angebote müssen unter hohen
2394 Datenschutzstandards deutlich ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen
2395 Technologien dürfen jedoch nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen
2396 ausgeschlossen werden. Bürger*innen haben das Recht auf Informationen von Behörden und
2397 öffentlichen Unternehmen. Diese müssen von sich aus sämtliche öffentliche Daten und
2398 Informationen wie Verträge, Treffen mit Interessenvertreter*innen oder Gutachten in einem
2399 Transparenzportal online veröffentlichen. Bürger*innen können so leichter an demokratischen
2400 Prozessen teilhaben. Der Ausbau flächendeckender Breitbandnetze muss in Duisburg weiter
2401 vorangetrieben werden. Wir benötigen schnelle Netze und Investitionen in die digitale
2402 Infrastruktur. Die Netzinfrastruktur muss in öffentlicher, bürgerschaftlicher und/oder
2403 genossenschaftlicher Hand sein. Hierfür müssen umfängliche staatliche Investitionen vom
2404 Bund und Land sowie EU-Förderprogramme abgerufen werden können.

2405 Auch Hacker- und Makerspaces, Coworkingspaces, Stadt(teil)bibliotheken und
2406 Volkshochschulen sind Orte digitalen Lebens, Lernens und Arbeitens. Diese sowie
2407 Bürgerdatennetze und Freifunk wollen wir unterstützen und fördern.

2408 **Cybersecurity**

2409 In einer digitalen Stadt, wo immer mehr Gegenstände miteinander vernetzt sind, sind
2410 Cyberangriffe allgegenwärtig und gehören zum Alltag. Ohne eine sichere Infrastruktur und
2411 Cybersicherheit kann es keine Datensicherheit und Freiheit geben. Eine digitale Stadt muss
2412 Bürger*innen und Unternehmen dabei unterstützen.

2413 Ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) soll hohe
2414 Sicherheitsstandards gewährleisten. Dies soll in Kooperation mit Universitäten, Hochschulen,
2415 Wissenschaftlern, IT-Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammengeführt
2416 werden. Wir als DIE LINKE streben Datensouveränität und Datenhoheit an, in der die
2417 Bürger*innen ihre eigenen Daten kontrollieren. Die Bürger*innen sollen selbst frei entscheiden
2418 dürfen, welche Daten sie der Stadt unter welchen Bedingungen übermitteln wollen. Erhobene
2419 Daten müssen sicher und anonym verwaltet werden.
2420

2421 **Smart werden**

2422 Die Schulen müssen an Breitbandnetze angeschlossen und mit ausreichend digitalen
2423 Endgeräten ausgestattet werden. In den Schulen müssen ausreichend Stellen für IT-
2424 Administrator*innen zur Wartung und Weiterbildungsangebote für Lehrer*innen geschaffen
2425 werden. Eine „Smart City“ vernetzt Technologien der Mobilität, Energie, Stadtplanung,
2426 Wohnen, Bildung und Verwaltung zum Nutzen aller Bürger*innen. Die LINKE befürwortet ein

Smart-City-Modell, in dem die Stadt eine Digitalisierung basierend auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen vorantreibt und nicht auf Basis von Profitinteressen der Konzerne oder staatlicher Überwachung. Smart-City-Projekte, angeschaffte Hard- und Software, erzeugte Systeme und Datenbanken müssen der Stadt und ihren Bürger*innen gehören und dürfen nur zu ihrem Nutzen eingesetzt werden. Auf keinen Fall gehören diese Systeme und die darin gespeicherten Daten in die Hand von Konzernen. Bei Beauftragung externer Unternehmen muss die Verarbeitung und Zugriff der Daten genau festgelegt werden. „Social Scoring“ und staatliche Überwachung muss ausgeschlossen sein. Eine weitreichende Zusammenarbeit der Stadt mit dem chinesischen Konzern Huawei lehnen wir grundsätzlich ab. Wir wollen eine Ausweitung von sozialökologischen Smart-City-Projekten, die für die Menschen eine Erleichterung des täglichen Lebens, der Mobilität und der Partizipation bedeuten und die Umwelt schützen. Senioren, Menschen mit Behinderung, Migrant*innen oder sozial Benachteiligte müssen von solchen Projekten profitieren. Alle Bürger*innen müssen konsequent in einen demokratisch organisierten Digitalisierungsprozess eingebunden werden.

DIE LINKE fordert:

- eine digitale Stadt, die die Lebensumstände der Menschen verbessert und niemanden zurücklässt,
- eine umfassende öffentliche Mitbestimmung bei Digitalisierungsprojekten
- eine partizipative Erarbeitung einer Charta „Smart City Duisburg“ nach politischen und ethischen Grundsätzen in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft
- die Errichtung eines smart City Beirates mit relevanten gesellschaftlichen Gruppen
- das Erarbeiten von Indikatoren für die Entscheidungsfindung durch den Beirat
- die Ausweitung digitaler Angebote der kommunalen Verwaltungen, um Behördengänge möglichst unkompliziert und ohne Anreise oder Wartezeiten erledigen zu können,
- Förderung von Open Data, um den Bürger*innen den Zugang zu allen relevanten Daten zu ermöglichen
- schnelles Internet für alle; Ausbau für ein flächendeckendes Breitbandnetz und öffentlich freie WLAN-Netze ohne Zugangskontrolle
- die Zuführung der digitalen Infrastruktur in öffentlicher und/oder genossenschaftlicher Hand; der Ausbau weiterer Breitbandanschlüsse soll mit Unterstützung von Bund, Land und EU-Förderprogrammen erfolgen
- Keine Bindung an bzw. Abhängigkeit von einem großen Projektpartner wie Huawei
- ein verpflichtendes Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) mit hohen Sicherheitsstandards als nachhaltige IT-Strategie
- umfassenden Datenschutz und Datenhoheit für alle Bürger*innen über ihre Daten; der kommunale Datenreichtum gehört nicht den Konzernen, sondern der Allgemeinheit
- kostenfreie Weiterbildungsangebote für digitale Einsteiger, damit alle etwas von der digitalen Kommune haben

Internet für alle

Wir verstehen den Zugang zum Internet als Teil der Daseinsvorsorge und als Bestandteil des Grundrechts auf demokratische Mitbestimmung. Diese positiven Potenziale des Internets geraten allerdings zunehmend unter den Vermarktungsdruck monopolistischer Konzerne und die Überwachungsinteressen des Staates. Diese Eingriffe in den diskriminierungsfreien Austausch von Informationen im Netz lehnen wir ab. Netzneutralität ist das zentrale Merkmal einer demokratischen Infrastruktur für die Digitalisierung von Informationsflüssen und Meinungsbildung. Big-Data-Anwendungen zur Bewertung von Kreditwürdigkeit oder Versicherungsrisiken (»Social Scoring«) und für Ermittlungsbehörden (»Predictive Policing«) wollen wir gesetzlich unterbinden. Die Vorratsdatenspeicherung lehnen wir nach wie vor ab, ebenso das kontraproduktive Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Technische Möglichkeiten zur anonymen Nutzung des Internets sind angesichts der anlasslosen Massenüberwachung der

Internetknotenpunkte durch verschiedene Geheimdienste wichtiger denn je. Verwaltungshandeln muss transparent sein, die Bürger*innen haben einen Anspruch auf Informationszugang, der im Informationsfreiheitsgesetz geregelt ist. In den Verwaltungen muss ein stärkeres Bewusstsein für die Bedeutung von offenen Daten und Informationen geschaffen werden. Wir wollen dafür zuständige Ansprechpartner*innen in den Ressorts. Qualitätsstandards im Umgang mit dem Informationsfreiheitsgesetz und der Open-Data-Strategie sollen konkreter definiert werden. DIE LINKE fordert eine bessere Bündelung und Nutzbarkeit digitaler Verwaltungsangebote, ohne dass weniger netzaffine Bürger*innen abgehängt werden. Dafür wollen wir die Duisburger E-Government-Strategie mit einem verbindlichen Maßnahmenpaket für die kommenden Jahre hinterlegen. Die Möglichkeit der verschlüsselten Kommunikation mit Behörden muss auf Grundlage gängiger Schnittstellen kurzfristig sichergestellt werden. Die Barrierefreiheit behördlicher Webseiten muss im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes schnellstmöglich gewährleistet sein. Auch in Duisburg gibt es noch einige Ortsteile und Gewerbegebiete mit unzureichendem Breitbandausbau. Die von Internet Providern beworbenen Verfügbarkeiten und Geschwindigkeiten der Anschlüsse müssen auch tatsächlich zur Verfügung stehen: Die Anbieter müssen statt maximal zu erreichender Geschwindigkeit die garantierte Mindestbandbreite angeben. Die Förderprogramme des Bundes müssen konsequent auf Glasfaserinfrastrukturen umgestellt werden. Die IT-Infrastruktur aller Schulen muss mit schnellen und leistungsfähigen Breitbandanschlüssen, WLAN und einer zeitgemäßen Hard- und Software-Ausstattung ausgebaut werden. Der Ausbau der IT muss einhergehen mit Aus- und Fortbildungsangeboten für Lehramtsstudierende und die aktiven Lehrkräfte. Wir wollen vorhandene Drahtlosnetze in Dienststellen der Verwaltung mit geeigneten Sicherheitsvorkehrungen für die Allgemeinheit öffnen. Unser Ziel ist, dass in allen öffentlichen Einrichtungen mit Publikumsverkehr schnell offene WLAN-Zugänge geschaffen werden. Dabei unterstützen wir Initiativen aus dem Bereich Frei Funk.

DIE LINKE fordert:

1. Der Stadtrat soll Projekte für offene WLAN-Netze in den Stadtteilen und im ÖPNV stärker fördern
2. eine bessere Bündelung und Nutzbarkeit digitaler Verwaltungsangebote, ohne dass weniger netzerfahrene Bürger*innen abgehängt werden



Frieden und Antifaschismus

Weltweit haben bewaffnete Konflikte in den vergangenen Jahren zugenommen. Die Militärausgaben sind im Jahr 2018 auf mehr als 1.600 Milliarden EUR gestiegen, so hoch wie seit Jahren nicht mehr. Deutschland gab 44 Milliarden EUR aus. Geplant ist nahezu eine

Verdoppelung bis zum Jahr 2024 auf 85 Milliarden EUR. Mit Genehmigung der Bundesregierung verkauft die deutsche Rüstungsindustrie jedes Jahr Waffen in alle Welt. Ausfuhren in Entwicklungsländer sind auf Rekordniveau. Deutschland ist der viertgrößte Waffenexporteur. Um Krieg und Gewalt zu beenden und allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen, müssen friedliche und kooperative Lösungen gefunden werden. Abrüsten statt Aufrüsten ist das Gebot der Stunde, Rüstungsexporte müssen gestoppt und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung organisiert werden. Die Militarisierung der Politik ist auch in den Kommunen angekommen. So stellt sich die Bundeswehr in Duisburg auf Straßen, Plätzen und Stadtfesten mit Infoständen und Werbeplakaten vor, wirbt in Schulen und öffentlichen Einrichtungen Jugendliche für das Militärhandwerk an. Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit hat die Bundeswehr auch im Duisburger Rathaus Einzug gehalten. Die Meldebehörde der Stadt übermittelt der Bundeswehr jährlich Daten von Einwohnerinnen und Einwohnern für die Übersendung von Werbematerial. Damit will sich die Bundeswehr als Teil der Stadtgesellschaft präsentieren. Patenschaften der Stadt Duisburg mit Einrichtungen der Bundeswehr sollen die Verbundenheit sichern. So unterhält die Stadt Duisburg eine Patenschaft zum Schnellboot S78-Ozelot der Bundesmarine. Auch wird an alte militaristische Traditionen und am kolonialistischen Erbe Deutschlands angeknüpft. So werden in Duisburg Kriegerdenkmäler gepflegt, Straßen und Plätze tragen Namen von Militaristen und Kriegsverbrechern der Kaiserzeit und des 1. und 2. Weltkrieges. Die Landesregierung NRW hat im Jahre 2019 mit Mehrheit der Regierungskoalition von CDU und FDP und mit Zustimmung der AFD beschlossen, dass sich Hochschulen künftig wieder für militärische Forschung öffnen können und die bis dahin geltende Zivilklausel im Hochschulgesetz des Landes NRW abgeschafft. Jedoch können die Hochschulen selbst entscheiden, ob sie die Zivilklausel beibehalten.

DIE LINKE Duisburg tritt ein für:

- die Verweigerung von Werbeflächen für die Bundeswehr an öffentlichen Einrichtungen in unserer Stadt.
- die Ablehnung von Auftritten der Bundeswehr, in Schulen, Berufsbildungs- und Berufsinformationseinrichtungen.
- die Schließung des mit Reservist*innen besetzten Kreisverbindungskommandos der Bundeswehr im Rathaus.
- eine umfassende Unterrichtung der Jugendlichen über ihr Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe ihrer Meldedaten an die Bundeswehr.
- die Rücknahme der Patenschaft der Stadt Duisburg mit dem Schnellboot S 78-Ozelot der Bundesmarine. Neue Patenschaften mit Einrichtungen oder Kriegsgeräten, wie z.B. Kriegsschiffen, Panzern, U-Booten o.ä. lehnt DIE LINKE ab.
- die systematische Erfassung und Umgestaltung oder Entfernung von kriegsverherrlichenden Denkmälern.
- die Wiedereinführung der „Zivilklausel“ im Hochschulgesetz NRW und begrüßt die von der Universität Duisburg-Essen in ihrer Grundordnung bestätigte „Zivilklausel“ und erwartet deren konsequente Umsetzung.
- einen waffenfreien Hafen, der keinen Umschlag von Rüstungsgütern zulässt.

Die Stadt Duisburg betont oft ihre Weltoffenheit, viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich dem Gedanken der internationalen Solidarität und der Völkerverständigung verpflichtet. Sie sind aktiv in Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, in Partnerschaftsvereinen oder Schulpartnerschaften oder engagieren sich in Menschenrechtsaktivitäten.

Am 8. Juli eines jeden Jahres setzt die Stadt Duisburg in einem bundesweiten Bündnis mit vielen Bürgermeister*innen, ein sichtbares Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. Mit dem Hissen der Flagge des weltweiten Bündnisses der Mayors for Peace appellieren die „Bürgermeister*innen für den Frieden“ an die Staaten der Welt, Atomwaffen endgültig abzuschaffen.

DIE LINKE fordert:

- die aktive Fortsetzung der Mitgliedschaft im internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“ und die jährlich am 8. Juli stattfindende Hissen der Flagge für eine Welt ohne Atomwaffen.
- die Einführung eines Duisburger Friedenspreises. Damit soll das Engagement von Menschen unserer Stadt für Frieden und Abrüstung gewürdigt werden. So könnte der jahrzehntelange Einsatz z.B. von Inge Holzinger für ein friedliches Zusammenleben der Völker und gegen den Krieg eine besondere Anerkennung finden.

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg

DIE LINKE Duisburg will eine offene, bunte und vielfältige Stadt. Dazu gehört das Zusammenleben von Menschen in verschiedenen Lebenssituationen und mit verschiedenen Lebensweisen. Eine offene, bunte, vielfältige und dadurch lebenswerte Kommune setzt Respekt voraus – Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen und unterschiedlichen Meinungen. Faschistische und rechtspopulistische Organisationen wollen das Gegenteil und setzen auf Ausgrenzung und Gleichschaltung. Statt von Nazis kontrollierte Zonen will DIE LINKE ein angstfreies, offenes und solidarisches Zusammenleben ermöglichen. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpft DIE LINKE auf allen Ebenen. Die Unterstützung von antirassistischer und antifaschistischer Arbeit muss verbessert werden. Antifaschismus ist eine demokratische, parteiübergreifende Aufgabe – bei Demonstrationen, in Netzwerken gegen Rechts, in Jugend- und Kulturbündnissen ebenso wie in Stadträten und Kreistagen. DIE LINKE wendet sich entschieden gegen die Kriminalisierung von antifaschistischen Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen Nazi-Aufmärsche. Viel zu selten wurden politische und rechtliche Möglichkeiten von den Kommunen und vom Land genutzt, um die Aufmärsche der Neonazi-Szene zu verhindern. DIE LINKE erkennt nicht: Rechtspopulismus wirkt bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Vertreter*innen aus Politik und Medien laden die aktuelle „Zuwanderungsdebatte“ rassistisch auf. Eine breit angelegte Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in jeder Form ist notwendig. Antifaschismus muss gleichermaßen die soziale Ungleichheit bekämpfen und sich für gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben, einsetzen. DIE LINKE steht für eine aktive antifaschistische und antirassistische Arbeit, die auf den Prinzipien von Gleichheit und Solidarität basiert.

DIE LINKE fordert:

- die Nutzung aller rechtlichen Mittel, um faschistische und rechtspopulistische Aktivitäten durch Gerichte, Polizei und Verwaltung zu verhindern. die Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Aktionspläne gegen Rechtsextreme.
- die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für kommunale Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Faschismus und Rechtsextremismus.
- die Einrichtung von Informations- und Beratungsstellen und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus.
- die Einrichtung von geschützten Zufluchtsorten und Anlaufstellen für Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt.
- die Einrichtung und ausreichende finanzielle Ausstattung einer Beratungsstelle für Opfer rassistischer Gewalt.
- eine kritische Auseinandersetzung über die Bezeichnung von Straßen, Plätzen, öffentliche Orte und Einrichtungen, die die Namen von Faschisten, Rassisten, Antisemiten oder Militaristen tragen, wie z.B. die Dr. Wilhelm-Roelen-Straße in Duisburg-Walsum.
- die Unterstützung von Aktionen und Veranstaltungen zum Gedenken an die Opfer der Nazi-Zeit, wie z.B. die „Stolpersteine“.



Kommunalfinanzen

Seit 2010 verfügt Duisburg über kein Eigenkapital mehr und ist damit überschuldet. Die Summe der Verbindlichkeiten ist also größer als die Wertigkeit des gesamten Duisburger Vermögens. In der Betriebswirtschaft ruft diese Situation die Insolvenz hervor. Die Verbindlichkeiten lagen 2018 bei 2,1 Mrd. €. Die Liquiditätskredite betrugen im selben Jahr ca. 1,3 Mrd. €. Liquiditäts- oder auch Kassenkredite genannt, sind Kredite, die die Kommune nur kurzfristig zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit aufnimmt.

Ursachen der Verschuldung

Die Ursachen für die Verschuldung Duisburgs sind vielfältig. Durch den Niedergang der Kohle- und Stahlindustrie und dem damit verbundenen Strukturwandel setzte eine Abwärtsspirale in Duisburg ein, die zu hoher Arbeitslosigkeit, niedrigeren Steuereinnahmen, hohen Sozialkosten und infolgedessen zu einer steigenden Verschuldung der Stadt führte.

Katastrophal für die kommunalen Haushalte wirkten sich die Steuerreformen der vergangenen Bundesregierungen aus, insbesondere die „Jahrhundertsteuerreform“ der rot-grünen Bundesregierung, wodurch den öffentlichen Haushalten Jahr für Jahr bis zu 100 Milliarden € entgehen. Zusätzlich wurden den Kommunen immer wieder Aufgaben übertragen, ohne die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. DIE LINKE fordert daher die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips. Seit Jahren werden öffentliche Aufgaben zunehmend an städtische oder privatwirtschaftliche Unternehmen ausgelagert. Die Bereitstellung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Dritte führt zu unnötigen hohen Kosten. Die Gründung von städtischen Gesellschaften tragen ebenfalls zu erhöhten Kosten durch zu viele und zu üppige Geschäftsführerbezüge bei.

Stärkungspakt

Aufgrund der Überschuldung musste Duisburg verpflichtend am Stärkungspakt I teilnehmen. Damit verbunden war die Aufstellung eines Haushaltssanierungsplanes (HSP). Duisburg musste hunderte Sanierungsmaßnahmen durchführen und bekam im Gegenzug sogenannte Konsolidierungshilfen. Die Ratsfraktion DIE LINKE, die damals eine Kooperation mit SPD und Grünen eingegangen ist, stimmte dem HSP zu, der schmerzhafteste Einschnitte zur Folge hatte. Durch die Mitarbeit in der Kooperation ist es der LINKEN jedoch gelungen, Privatisierungen von öffentlichen Eigentum und die gravierendsten Einschnitte und Kürzungen im sozialen Bereich zu verhindern. Um die schlimmsten Leistungskürzungen im sozialen Bereich zu verhindern, hat DIE LINKE in der Kooperation Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer mit zugestimmt.

Von 2015 bis 2019 ist es der Stadt gelungen einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Die positiven Jahresergebnisse konnten aufgrund eines beispiellosen robusten

Wirtschaftswachstums, eines historisch niedrigen Zinsniveaus und einer schmerzhaften Kürzungspolitik erzielt werden. Von einer nachhaltigen kommunalen Haushalts- und Finanzpolitik kann allerdings nicht die Rede sein, da sie auf Kosten der Duisburger*innen, städtischen Angestellten und der zukünftigen Generationen geht. Einsparungen und Gebührenerhöhungen bei Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Personaleinsparungen und unterlassene Investitionen sind die Schattenseiten der schwarzen Null. Drastisches Sparen ändert nichts an der strukturellen Unterfinanzierung Duisburgs, sondern zerstört die soziale Struktur und verhindert wichtige Investitionen für die Zukunft der Stadt.

Altschuldenfonds

Immer wieder hat DIE LINKE Duisburg darauf hingewiesen, dass eine Entschuldung nur durch die Beteiligung von Bund und Land gelingen kann. Mittlerweile zeichnet sich eine Lösung der Altschuldenproblematik ab. Demnach soll ein Altschuldenfonds mit einer Laufzeit von 30 Jahren eingerichtet werden, wobei der Bund 50 % sowie das Land und die Kommunen 25 % der Liquiditätskredite übernehmen sollen. Jedoch ist zu befürchten, dass die Unterstützung von Bund und Land wie auch schon beim Stärkungspakt an strikte Konsolidierungsmaßnahmen geknüpft sein werden. Wir lehnen eine weitere jahrzehntelange Spar- und Kürzungspolitik rigoros ab und fordern stattdessen eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen.

Um die systematische Unterfinanzierung der Kommunen zu beenden und die Herausforderungen im Hinblick auf den Investitionsstau, den Klimawandel, den Bildungsnotstand oder die Digitalisierung zu bewältigen, fordert DIE LINKE eine umfassende Finanzsteuerreform.

DIE LINKE fordert:

- Einhaltung des Konnexitätsprinzips, wenn Bundes- oder Landesebene Aufgaben an die Kommunen übertragen, müssen sie auch für die Finanzierung sorgen
- Einführung der Vermögensteuer
- Reform der Erbschaftsteuer
- Reform der Unternehmensbesteuerung
- Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Subventionsbetrug wirksam verhindern
- Einführung einer Finanztransaktionsteuer
- Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftsteuer
- Einrichtung eines Altschuldenfonds
- Beseitigung der Spar- und Kürzungspolitik

Stadtverwaltung und Personal

Investitionen

Seit Jahren verfällt aufgrund viel zu geringer Investitionen auf dramatische Weise die Infrastruktur in Duisburg. Der Investitionsrückstand zum Erhalt der Schulen, Straßen, Brücken, öffentlichen Gebäude, Sportstätten und der Stadtbahn belaufen sich auf ca. 1,5 Milliarden €. Hinzu kommen dringend notwendige Erweiterungsinvestitionen im Bereich des Neubaus von Schulen oder der Umsetzung einer nachhaltigen und klimafreundlichen Verkehrspolitik. Alles in allem muss der Investitionsstau in Duisburg auf bis zu 2,5 Milliarden € beziffert werden. Von daher ist ein zusätzliches milliardenschweres Investitionsprogramm für Duisburg für die nächsten zehn Jahre dringend geboten.

Seit Jahren ist die Verwaltung personell unterbesetzt, was zur Folge hat, dass die Standards und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen nach und nach abgesenkt werden.

Lange Wartezeiten beim Bürgeramt, Straßenverkehrsamt, Standesamt oder der Einbürgerungs- und Ausländerbehörde führen regelmäßig zu Unverständnis und Frustration bei den Bürgerinnen und Bürgern. Anträge ziehen oftmals eine monatelange Bearbeitungsdauer nach sich, obwohl die Duisburger*innen auf Kindergeld oder Sozialgeld angewiesen sind. Immer wieder passiert es, dass Stadtteilbibliotheken nur eingeschränkt geöffnet sind oder zwischendurch ganz geschlossen werden müssen. Duisburger Eltern zahlen nicht nur die höchsten Elternbeiträge für KiTas in NRW, sondern müssen gleichzeitig auch noch mit der größten Gruppenstärke in den Einrichtungen vorliebnehmen. Unter dem Personalmangel und der daraus resultierenden ungenügenden Erbringung öffentlicher Leistungen leiden der Ruf und die Attraktivität der Stadt. Potenziell Zuziehende werden abgeschreckt nach Duisburg zu ziehen. Vor allem für die Angestellten der Stadt bedeuten die jahrelangen Einsparungen im Personalbereich eine hohe Belastung. Viele Mitarbeiter*innen klagen über Arbeitsverdichtung, Überforderung und Stress. Die krankheitsbedingten Ausfälle sind hoch und der Unmut zeigt sich in der Abwanderung von Fachkräften und Berufseinsteigern zu Arbeitgebern in anderen Städten. Die Duisburger Verwaltung ist für viele junge und qualifizierte Berufseinsteiger*innen unattraktiv. Das führt u.a. dazu, dass Stellen für technisches Personal nicht besetzt werden können. Gleichzeitig beförderte der jahrelange Personalabbau eine unausgewogene Altersstruktur, sodass mittlerweile der Mittelbau beim Personal massiv unterbesetzt ist. Da öffentliche Aufgaben vermehrt ausgelagert und Dritte extern beauftragt werden, geht Fachwissen in der Verwaltung verloren und es kommt zu unnötigen Kostensteigerungen. Aufgrund des Personalmangels und fehlenden Knowhows gehen der Stadt Jahr für Jahr Fördermittel verloren. Vermeidbare Kosten durch verzögerte und fehlerhafte Ausschreibungen nehmen zu. Immer weniger kann der Wissenstransfer zwischen älteren und jüngeren städtischen Angestellten gesichert werden und die Nachfolgeplanung wird erschwert.

Ursachen des Personalmangels

Mit der verpflichtenden Teilnahme am Stärkungspakt I für überschuldete Kommunen musste Duisburg sich bereiterklären, umfassende Personaleinsparungen durchzuführen. DIE LINKE hat 2012 in der rot-rot-grünen Kooperation dem Haushaltssanierungsplan und damit dem Abbau von ca. 700 Stellen über zehn Jahre zugestimmt. Im nach hinein muss festgehalten werden, dass die negativen Auswirkungen der Sparmaßnahmen im Personalbereich von der Partei nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt wurde. Verschärft wird die personelle Unterbesetzung dadurch, dass Bund und Land der Stadt immer wieder zusätzliche Aufgaben übertragen, ohne der Stadt ausreichende finanzielle Mittel für genügend Personal zur Verfügung zu stellen. Hinzu kommt, dass die Prognosen zur Einwohnerentwicklung von einer stark abnehmenden Bevölkerung in Duisburg ausgegangen waren, das Gegenteil jedoch eingetreten ist. Die positive Einwohnerentwicklung und eine entsprechende Erhöhung des Personals findet jedoch im Haushaltssanierungsplan keine Entsprechung.

DIE LINKE fordert:

- Tatsächliche Besetzung der nicht besetzten Stellen, die seit Jahren konstant bei durchschnittlich 500 liegt.
- Bürgerfreundliche, zeitnahe und serviceorientierte Erbringung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Besondere Fokussierung auf die Bereitstellung öffentlicher Leistungen in benachteiligten Stadtteilen; dazu gehören mehr Sozialarbeiter*innen, Streetworker*innen sowie aufeinander abgestimmte und ausreichende Beratungsstellen und Angebote für Zugewanderte.
- Keine weitere Auslagerung öffentlicher Aufgaben bzw. Rekommunalisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Ausweitung der Öffnungszeiten von Stadtteilbibliotheken und Verhinderung von Schließungen durch Einstellung und Ausbildung ausreichenden Personals.
- Steigerung der Attraktivität Duisburgs als Arbeitgeber durch gute Arbeitsbedingungen, um qualifizierte Fachkräfte für Duisburg zu gewinnen.

- 2778 ▪ Steigerung der Auszubildendenzahlen und Ausbilder sowie Einstellung von qualifizierten
- 2779 Dozenten.
- 2780 ▪ Erhöhung der Qualität der Ausbildung in der Verwaltung durch eine angemessene räumliche,
- 2781 sächliche und personelle Ausstattung.
- 2782 •Steigerung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin durch Weiterbildung und
- 2783 Gesundheitsförderung, um Mitarbeiter*innen in Duisburg halten zu können.
- 2784 •Umsetzung einer wirksamen Nachfolgeplanung, um einen Wissensverlust und Vakuum durch
- 2785 ausscheidende städtische Mitarbeiter*innen zu verhindern.
- 2786 • Abbau zeitaufwendiger bürokratischer Hürden, die den reibungslosen Verwaltungsablauf
- 2787 beeinträchtigen.
- 2788 • Beförderungsmanagement.
- 2789 • Abschaffung des Personalabbauplans.
- 2790